



Sitzungsvorlage

B 2021/610/5022
öffentliche Sitzungsvorlage

Federführung

Fachdienst Planung, Stadtentwicklung

Auskunft erteilt Frau Madita Stelten
Telefon 02522 / 72-465
E-Mail madita.stelten@oelde.de

Bebauungsplan Nr. 147 „Sportanlagen Lette“ der Stadt Oelde

A) Entscheidungen zu der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit

B) Entscheidungen über die Anregungen aus der öffentlichen Auslegung

C) Satzungsbeschluss

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termin
Ausschuss für Planung, Stadtentwicklung, Wohnen und Digitalisierung	Vorberatung	02.12.2021
Rat	Entscheidung	20.12.2021

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Planung, Stadtentwicklung, Wohnen und Digitalisierung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde folgende Beschlussfassungen:

Siehe Einzelbeschlüsse im Sachverhalt.

Sachverhalt

Der Tennisverein Oelde-Lette hat bisher auf einer Fläche an der Clarholzer Straße seinen Vereinssport ausgeübt. Da diese schon aktuell nicht mehr zu Verfügung steht, soll im Nordwesten von Lette unter anderem ein neuer Standort für die Tennisplätze des Vereins entstehen. Diese Fläche grenzt direkt an den bestehenden Kunstrasenplatz des VfB Germania Lette an und wird derzeit als Naturrasenplatz für das Fußballtraining genutzt. Die Tennisanlage soll auf der Fläche des Naturrasenplatzes errichtet werden und entlang des Kunstrasenplatzes über die Jahnstraße erreichbar sein. Der Kunstrasenplatz sowie die zugehörigen baulichen Anlagen bleiben bestehen.

Auf der Planfläche, welche eine Gesamtgröße von etwa 0,9 ha aufweist, soll neben der Tennisanlage mit zwei Spielfeldern auch ein Kleinspielfeld angelegt sowie ein Vereinsheim mit Umkleiden errichtet werden. Im Südwesten des Plangebietes wird sich die Tennisanlage befinden. Nordöstlich anschließend, mittig im Plangebiet, wird das Kleinspielfeld geplant. Die Tennisspielfelder sollen durch einen Lärmschutzwall im Süden eingefasst werden, welchen der Sportverein errichten wird.

Immissionsschutzrechtlich wäre ein solcher Lärmschutzwall grundsätzlich nicht zwingend erforderlich, um eine Zulässigkeit des Vorhabens zu gewährleisten. Um jedoch das Gebot der Rücksichtnahme sicher einzuhalten und die Planfläche sinnvoll einteilen zu können, wird dieser in seiner geplanten Ausgestaltung im Bebauungsplan festgesetzt und entsprechend im Gutachten berücksichtigt. Außerdem ist das Pumpwerk, welches sich südlich der Planfläche befindet und ursprünglich Teil des Immissionsschutz-Gutachtens war, nun aus diesem Gutachten heraussepariert worden, da sich die schalltechnische Bewertung von Gewerbelärm nach der TA Lärm und von Sportanlagen nach der 18. BImSchV richtet. Sportanlagen und Gewerbelärm werden daher grundsätzlich nicht additiv (kumulativ) betrachtet.

Die bestehenden Bäume und Gehölze sollen erhalten bleiben und werden dazu ebenfalls planungsrechtlich gesichert.

Mit dem Bebauungsplan Nr. 147 werden die rechtsverbindlichen Festsetzungen für eine geordnete städtebauliche Entwicklung des Plangebietes geschaffen. Die Errichtung der Tennisplätze, des Vereinsheims sowie des Kleinspielfeldes am vorliegenden Standort soll planerisch abgesichert werden. Die Zulässigkeit von Vorhaben im Plangebiet wird über die Festsetzungen im Bebauungsplan als Satzung bestimmt. Die konkreten Festsetzungen sind der Planzeichnung des Bebauungsplans Nr. 147 „Sportanlagen Lette“ zu entnehmen.

Zur geordneten städtebaulichen Entwicklung und zur Wahrung und Gestaltung des Orts- und Straßenbildes werden in den Bebauungsplan Nr. 147 zudem verschiedene textliche Festsetzungen gemäß § 86 Abs. 1 und 4 BauO i. V. m. § 9 Abs. 4 BauGB aufgenommen. Diese sind ebenfalls der Planzeichnung zu entnehmen.

Durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 147 "Sportanlagen Lette" sollen die planungsrechtlichen Grundlagen für die Realisierung der Tennisspielfelder, des Vereinsheims sowie des Kleinspielfeldes geschaffen werden. Der Bebauungsplan soll ein Baufeld ausweisen und die Art und das Maß der baulichen Nutzung vorgeben, um die beabsichtigte Nutzung realisieren zu können.

A) Entscheidungen über Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 3 Abs. 1 BauGB

A1) Entscheidungen zu den Anregungen der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB

Das BauGB formuliert für die Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs.1 keine konkreten Vorgaben zur Art und Weise / Form der Beteiligung. Da die Durchführung eines Erörterungstermins oder einer mündlichen Verhandlung in das Ermessen der Behörde gestellt ist, können bei der Ermessensentscheidung auch geltende Beschränkungen aufgrund der COVID-19-Pandemie und das Risiko der weiteren Ausbreitung des Virus berücksichtigt werden.

Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie erschien es als nicht verantwortbar, die Öffentlichkeit neben der Auslegung der Unterlagen im Rahmen einer Bürgerversammlung über die Planinhalte zu informieren.

Zur Beteiligung der Öffentlichkeit und Gelegenheit zur Äußerung gab es in der Zeit von Freitag, 29. Januar 2021, bis einschließlich Sonntag, 28. Februar 2021, über die üblichen Kanäle (Einsichtnahme der Unterlagen im Rathaus und im Internet, telefonische Auskünfte) die Gelegenheit, sich per Post, per Mail, über die Homepage der Stadt Oelde und persönlich zur Niederschrift zu den o. g. Planvorhaben zu äußern.

In diesem Rahmen sind folgende Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit eingegangen:

1.) Stellungnahme eines Bürgers vom 23.02.2021

Grundsätzlich haben wir nichts gegen eine Umgestaltung des bisherigen Sportplatzes, genauer des Rasenfußballfeldes zu einem Vereinsheim und zweier Tennisplätze, da derzeit mindestens drei Familienmitglieder im Letter Tennisverein spielen und wir im guten Kontakt mit den Initiatoren [...], Vertreter des Fußball- und Tennisvereins stehen. Diese haben uns frühzeitig über die Planungen informiert und unsere Anregungen und Wünsche entgegengenommen. Unser Hauptaugenmerk galt dem Schallschutz, gerade weil es sich beim Tennis doch um eine neue Qualität der Lärmbelästigung handelt, aufgrund der steten, monotonen Ballgeräusche können diese schon eher nerven als z. B. das Kicken und die Rufe eines Fußballspiels.

Wir kamen mit den Ansprechpartnern zu der Schlussfolgerung, dass ein Lärmschutzwall notwendig, praktikabel und kostengünstig zu errichten sei:

- 1.) Der Aushub des Erdbereiches für das Vereinsheim, der Tennisfelder und einer evtl. Pumpstation könnte vor Ort belassen werden und müsste nicht kostenintensiv abtransportiert werden.*
- 2.) Der aufgeschüttete Wall bietet einen Windschutz für die Tennisplätze, was sehr wichtig für das Spielvergnügen und Präzision der geschlagenen Bälle ist.*
- 3.) Der Lärmschutz beginnt direkt an der Grundstücksgrenze.*

Das Gutachten des Fachbüros Uppenkamp und Partner, welches das Vorhaben der Sportplatzenerweiterung für umsetzbar hält, zielt aber darauf ab, dass eben kein aufgeschütteter Wall von 4 m Höhe zu unserem Immissionsort notwendig sei. Da fragen wir uns doch, ob die Stadt Oelde wirklich mit den Verantwortlichen der Letter Vereine an einem Strang zieht und nur das Beste für die Anlieger und alle Beteiligten möchte?

Des Weiteren halte ich es für ein großes Versäumnis, dass die Gutachter (eigentlich die Fachleute für Schallschutz) nicht nach zusätzlichen Möglichkeiten des Schallschutzes gefragt wurden, wie etwa spezielle Bauweise des Walles, hinsichtlich Schallberechnung oder Dämpfung (evtl. sind Stufen günstiger, oder eine entsprechende Begrünung, Beschaffenheit der Wände des Vereinsheims, welches als Schallreflektor abgeschwächt werden könnte). Der gesunde Menschenverstand und das Wort „Lärmschutzwall“ sagt doch schon, dass ein Wall immer einen Mehrwert an Schutz bieten würde und der Schutz fängt direkt an der Grundstücksgrenze an, was für meine berufliche Tätigkeit sehr wichtig ist, denn wir bewirtschaften einen landwirtschaftlichen Betrieb von dem auch Lärmemissionen (z.B. Maschinenschall bei der Ernte im Herbst) ausgehen können und somit wäre der Wall auch in umgekehrter Richtung sinnvoll. Des Weiteren habe ich als Tierarzt mich mit dem Hauptbetätigungsfeld der Regeneration von Pferden gewidmet und des Öfteren fremde Tiere vor Ort.

Die geplanten Tennisplätze befinden sich direkt neben unseren Freilauf und der unmittelbaren Nähe zur Weide und Stallung der Pferde. Da es sich bei den Tieren um Fluchttiere handelt, benötigen diese während der Eingewöhnungsphase auf unseren Hof eine ruhige Umgebung. Die Lärmemissionen wären bei den geplanten Tennisplätzen nicht mehr von uns regulierbar und wir sind auf einen guten Lärmschutz angewiesen. Ansonsten könnten gerade die plötzlichen Knall- oder Schallgeräusche beim Aufschlag der Spieler zum Erschrecken der Pferde und somit unkontrollierter Flucht führen, dabei ist dann das Wohl der Tiere und der betreuenden Personen gefährdet.

Ich bin nun kein Fachmann für Immissionsschutz, allerdings sind mir simple physikalische Zusammenhänge bekannt, es geht mir

- 1.) um Schallreflexion (ohne Wall reflektiert der Schall an dem geplanten Vereinsgebäude und an der Zuschauertribüne und kommt somit verstärkt an meinem Immissionsort an),*
- 2.) um Addition von Schall (es entsteht ein Hotspot von unterschiedlichen Schallquellen 1. Fußballsport, 2. Zuschauertribüne, 3. Tennisplatz, 4. Vereinsheim, 5. an- und abfahrende Autos, 6. Pflege und Betrieb der Sportanlagen mit evtl. lauten Maschinen, 7. Pumpstation, 8. Verkehr der Hauptstraße, 9. Eigene landwirtschaftliche Hofstelle, etc.), diese Addition eines regelrechten Schallkonzerts wird vom Gutachter mit dem „Unsicherheitskorrekturfaktor“ von 3dB berücksichtigt und suggeriert dem Leser eine minimale Abweichung der bescheinigten Werte. Das finde ich doch sehr verwunderlich, zumal iterative Werte herangezogen werden. Wieso nimmt der Gutachter keine gemessenen Werte für seine Berechnung. Immerhin gibt es schon die Hälfte der oben aufgeführten Schallquellen. Des Weiteren sind die technischen Spezifikationen der Pumpstation meines Wissens schon lange bekannt und der Gutachter sollte eigentlich genauer dazu eine Aussage treffen können. Wie sieht es dann nach Realisierung aus, wenn sich herausstellt, dass die Immissionen höher sind, wird dann der Betrieb der Anlagen eingestellt? Wie werthaltig ist dann dieses Gutachten? Kann ich als Betroffener dann hingehen und sagen, die tatsächlichen Immissionen sind höher als im Gutachten? Was würde dann passieren?*

Definition Lärm: Lässt sich Lärm wirklich an Schalldruckpegeln messen und definieren? Wieso wirken schon sehr leise Töne nervend und quälend? Weil es auf den Hörer ankommt, was als Lärm empfunden wird! Ich zitiere eine Internetseite des Lärmschutzes für Österreich:

„Lärm ist jedes Geräusch, das als störend empfunden wird. Ob ein Geräusch als störend empfunden wird, hängt von vielen Faktoren ab:

- 1. Vom Geräusch selbst, d.h. von seinen physikalischen Eigenschaften wie Frequenz, Schalldruckpegel usw.,*
- 2. Von der Person, die dem Geräusch ausgesetzt ist, mit ihren Einstellungen zu Schallquelle und Geräusch, ihrem Befinden und ihrer Tätigkeit,*

3. *Von der Situation, d.h. von Ort und Zeitpunkt des auftretenden Geräusches. Die empfundene Lärmbelastung kann daher nur mit Befragungen ermittelt werden."*

Für die Pumpstation gibt es m.A. einen Alternativstandort, wir haben im Vorfeld dieser Bebauungsplanänderung unsere angrenzenden Liegenschaften in der Nähe des Altstandortes angeboten, in Betracht einer Tauschfläche wäre für uns auch die Fläche des jetzt geplanten Standortes vorstellbar. Neben dem Vorteil, dass der stete Geräuschpegel weiter von dem bewohnten Letter Areal läge, kämen noch zahlreiche weitere Vorteile hinzu:

- 1.) Da schon eine Abwasserzuleitung zu der bestehenden Pumpstation besteht, entfallen teure Tiefbauarbeiten im Bereich des Lönsweges, wobei Saugrohrbagger und händische Ausschachtung die Wurzeln der bestehenden Bäume der Allee nicht beschädigen sollen (Einhaltung der DIN 18920). Es müsste kein neuer Straßenbelag danach hergestellt werden. Kein neuer Stromanschluss. Die Grundwasserabsenkung der Baugrube kann zu einer Gefährdung der Verkehrssicherheit aufgrund der dezimierten Standsicherheit der umliegend gewachsenen großen Bäume sein, diese müssten im Vorfeld der Baumaßnahme einzeln begutachtet und ein Standsicherheitsnachweis erbracht werden und ggf. während der Bauphase statisch abgestützt werden.*
- 2.) Evtl. technische Störungen des Pumpwerkes, z.B. bei Unwetterereignissen hätten keine so gravierenden Folgen auf den Betrieb des Sportgeländes mit geplantem Vereinsheim, Tennisplätzen und Kunstrasenplatz als wenn in der Nähe des Altstandortes die angestauten Abwässer austreten würden, weil dort ein Graben oder die Ackerfläche die Brühe aufnehmen könnte.*
- 3.) Man könnte einen Großteil des benötigten Stromes für den Betrieb der Pumpen aus Photovoltaik erzeugen, weil am Altstandort keine Bäume die Einstrahlung des Sonnenlichtes auf das Dach der neuen Pumpstation behindern würde. Aus eigener Erfahrung hinsichtlich der Photovoltaik kann ich nur empfehlen, das gerade im Bereich des Eigenverbrauchs enorme Kostenersparnisse möglich sind und aufgrund der stark gesunkenen Installationspreise einer Photovoltaikanlage sehr rentabel ist.*

Also zusammenfassend halte ich einen 4 m hohen Lärmschutzwall als Abgrenzung zu unserer Liegenschaft für dringend nötig und wäre für eine Erweiterung der Pumpstation am Altstandort zu weiteren Gesprächen bereit.

Beschluss

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Wie in der Stellungnahme beschrieben, handelt es sich bei dem entstehenden Lärm durch die geplante Tennisanlage um eine andere Art des Lärms als der bisherige Fußballlärm. Aufgrund dessen wurde seitens der Stadt Oelde ein Schallimmissionsgutachten bei einem Fachbüro beauftragt, welches die Situation mit der nötigen Fachexpertise gutachterlich untersuchen sollte. Dabei sollten sämtliche bestehende und geplante Nutzungen mit der Schutzbedürftigkeit des Umfeldes in Einklang gebracht werden, um eine für alle Beteiligten sinnvolle und angemessene Planung erwirken zu können. Da ein Lärmschutzwall in einer Größenordnung von bis zu 4 m vorgesehen war, wurden in dem Gutachten zwei Varianten berechnet (einmal mit einem Lärmschutzwall mit 4 m sowie einmal ohne Lärmschutzwall). Durch die Ergebnisse wurde klargestellt, dass das Vorhaben grundsätzlich auch ohne Lärmschutzwall möglich wäre. Weitere aktive oder passive Schallschutzmaßnahmen für den Platz oder das Vereinsheim sind demnach ebenfalls nicht notwendig. Dabei wird davon ausgegangen, dass auf eine Installierung und den Einsatz von Lautsprecheranlagen auf der Sportanlage verzichtet wird und keine Erhöhung der Stellplatzkapazitäten auf dem Sport-

gelände sowie für den Parkplatz an der Jahnstraße erfolgt. Das Gutachten stellt dabei allerdings lediglich die Möglichkeiten beziehungsweise gegebenenfalls Bedingungen zur Umsetzung des Planverfahrens dar. Wie planerisch damit umgegangen wird, obliegt der kommunalen Abwägung. Seitens der Verwaltung und des Sportvereins wurde daher nach wie vor an einem Lärmschutzwall festgehalten.

Wie zuvor kommuniziert, war zunächst ein Lärmschutzwall auf freiwilliger Basis vorgesehen. Der VfB Lette wollte diesen errichten. Um einen gewissen Ausgestaltungsspielraum zu ermöglichen und da der Lärmschutzwall, wie das ursprüngliche Schallimmissionsgutachten bestätigte, grundsätzlich nicht notwendig wäre, um das Vorhaben planungsrechtlich korrekt abzuwickeln, wurde auf eine konkrete Festsetzung verzichtet. Nach eingehender Abwägung der Vor- und Nachteile sowie der verschiedenen Interessenlagen, wird nun ein Lärmschutzwall in einer Höhe von 2,50 m festgesetzt, welcher zusätzlich bepflanzt werden soll. Die Höhe wurde aufgrund der Fußpunkte verringert, da sonst eine erhebliche Grundfläche auf Kosten der Größe der Sportanlagen benötigt werden würde. Da dieser Wall baurechtlich 3 m Abstand zur Grundstücksgrenze einhalten muss, wäre die Fläche für die Sportanlagen bei den erforderlichen Fußpunkten eines 4-Meter-Walls zu klein geworden. Das Schallimmissionsgutachten ist entsprechend dieser Festsetzung eines Walls von 2,50 m Höhe angepasst worden.

Da sich das in der Stellungnahme genannte Grundstück im Außenbereich befindet und die tierärztliche Versorgung fremder Tiere als Nutzung baurechtlich nicht abgesichert wurde, besteht an dieser Stelle kein erhöhtes Schutzbedürfnis für die Pferde. Durch die Ergänzung des Bebauungsplans durch die Festsetzung des Lärmschutzwalls sollte es nun aber auch in dieser Hinsicht zu keiner Beeinträchtigung oder Störung kommen.

Die Schallreflexion ist in dem Schallimmissionsgutachten selbstverständlich berücksichtigt worden. Sowohl das geplante Vereinsgebäude als auch die Zuschauertribüne sind als sogenannte „schallharte“ Körper berücksichtigt worden und reflektieren den auftreffenden Schall zurück. Ebenfalls wurden im Rahmen der Sportlärmberechnung die der Sportanlagenutzung zuzurechnenden Geräuschquellen Fußballsport (Spielbetrieb und Training), Zuschauerkommunikation auf der Tribüne, Nutzung der Tennisanlagen, PKW-Stellplätze additiv berücksichtigt. Die Pumpstation, der Verkehr auf der Hauptstraße sowie die landwirtschaftliche Hofstelle fallen nicht unter die Sportanlagenlärmschutzverordnung (18. BImSchV) und sind daher im Bedarfsfall gesondert zu berechnen und zu bewerten.

Gemäß 18. BImSchV Anhang 1, Punkt 2 ist der Mittelungspegel der von den Sportanlagen ausgehenden Geräusche in Anlehnung an die VDI-Richtlinie 2714 „Schallausbreitung im Freien“ (Januar 2018) zu ermitteln. Der Unsicherheitskorrekturfaktor von +/- 3 dB ist dem Berechnungsverfahren der VDI 2714 zuzuordnen, welches statistisch gemittelt keine Mittelungspegel generiert, welche geringer ausfallen als die durch Messungen ermittelten Mittelungspegel. Die im Rahmen des Schallimmissionsgutachtens eingesetzten Schallleistungspegel für die maßgeblichen Schallquellen des Sportlärms basieren auf Angaben aus der einschlägigen Fachliteratur, insbesondere Studien und Berichten unterschiedlicher Landesbehörden. Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass die Prognosesicherheit mit + 0 dB / - 3 dB und damit als auf der sicheren Seite liegend abgeschätzt werden kann.

Für die Durchführung eines Planverfahrens ist eine Behörde auf objektive Bewertungskriterien angewiesen, damit alle Belange, die durch das Vorhaben berührt werden, zunächst wertfrei bei uns eingehen. Daher werden sämtliche Gutachten stets objektiv angefertigt. Anschließend werden sämtliche Gutachten und Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit sowie Stellungnahmen von Behörden, Nachbarkommunen und sonstigen Trägern öffentlicher Belange einzeln bewertet und untereinander abgewogen. Eine

subjektive Lärmbewertung findet hier rechtlich korrekterweise keine Anwendung. Das Lärm-schutzgutachten ist nach rechtlicher Prüfung methodisch einwandfrei und dass bei der Planung einer Fläche mit emittierenden Nutzungen keine Messungen vorgenommen werden, hat die Rechtsprechung vielfach entschieden. Entsprechend ist gemäß 18. BImSchV die VDI-Richtlinie für die Ermittlung der Mittelungspegel durch Sportanlagengeräusche zu verwenden. Hierfür sind Messungen nicht erforderlich. Es hat sich gezeigt, dass im statistischen Mittel gar die berechneten Mittelungspegel geringfügig höhere Pegel erzeugen als die durch Messungen ermittelten Mittelungspegel. Die Berechnungen erfolgten iterativ, da die jeweiligen Zeiträume (innerhalb und außerhalb der Ruhezeiten an Werktagen, Samstagen, Sonn- und Feiertagen) maximal möglichen Nutzungszeiten ermittelt werden sollten, welche die Einhaltung der Immissionsrichtwerte an den maßgebenden Immissionsorten gewährleisten ohne weitere bauliche Lärmschutzmaßnahmen zu erfordern.

Die angesprochene Pumpstation ist nicht Teil des Planverfahrens und nach weiterer Prüfung des Schallimmissionsgutachtens ebenfalls nicht mehr Teil des Gutachtens. Die schall-technische Untersuchung richtet sich nach der TA Lärm, der Sportlärm dagegen nach der 18. BImSchV. Sportanlagen und Gewerbelärm werden grundsätzlich nicht additiv (kumulativ) betrachtet. Aus diesen Gründen besteht für die Anregungen und Hinweise bezüglich der Pumpstation kein Abwägungserfordernis im Rahmen dieses Bauleitplanverfahrens, wenn-gleich natürlich bereits vorab alle möglichen Standorte verglichen und untereinander abgewogen wurden.

Die Stellungnahme wird wie dargelegt berücksichtigt.

2.) Stellungnahme eines Bürgers vom 24.02.2021

In diesem Brief möchten wir zur geplanten Erweiterung des Sportplatzes in Lette unsere Ideen, Vorstellungen und Bedenken im Rahmen der vorzeitigen Bürgerbeteiligung Ihnen vorstellen.

Die Unterzeichner dieses Briefes sind nicht generell gegen eine Sportplatzenerweiterung mit der damit verbundenen Errichtung eines Tennisplatzes und eines weiteren Vereinsheimes, sondern wollen auf eine der Sportplatznutzung entsprechende konforme Realisierung von Lärmschutzeinrichtungen auf dem gesamten Sportplatz (alt und neu) und dem Gelände der ebenfalls geplanten Pumpstation hinweisen.

Die Unterzeichner halten daher folgende Aspekte in diesem Zusammenhang für wichtig:

- 1. Ein Gebot des Baugesetzbuches ist „Rücksichtnahme“! Diese Rücksichtnahme sollte in der Letter Sportanlage in angemessenen Form eines Lärmschutzes vorbildlich und zukunftsorientiert zum Ausdruck kommen. So muss bei einer Kapazitäts- und Größenerweiterung, gleichzeitiger Besucherzahl- und Aktivitätssteigerung auf dem Sportgelände und der damit verbundenen Erhöhung des Lärmvolumens ein angemessener Lärmschutz in aktiver und passiver Art Anwendung finden.*
- 2. Bei Veranstaltungseinrichtungen, egal welcher Art, liegt es leider in der Natur der Sache, dass es ohne Lärmschutz immer zu Unstimmigkeiten zwischen Betreibern, Besuchern, Akteuren und der Nachbarschaft kommt. Da helfen keine im „Lärmgutachten“ „schöngerechnete Dezibel-Werte“, die Lärm erträglich oder hinnehmbar machen wollen! Wir schlagen hier gezielt positionierte Lärmschutzwälle und – wände auf dem gesamten Sportgelände vor. Die Platzierung von Lärmschutzmaßnahmen haben die Unterzeichner im Anhang dieses Briefes als ganzheitlichen Vorschlag dargelegt.*

3. *Es gehört in den Verantwortungsbereich der Stadt Oelde einen wirkungsvollen Lärmschutz im Grenzbereich Sportplatz und Wohngebiet einzubringen, da die Stadt Oelde den Anwohnern die Errichtung von Wohngebäuden, die zur Dorfentwicklung beitragen, seiner Zeit, also vor der jetzigen Sportplatzerweiterung, auch genehmigt hat. Die Stadt Oelde kann sich jetzt nicht mit Hinweis auf ein sich auf Prognosewerte beziehendes „Lärmgutachten“ aus der „Affäre ziehen“.*
4. *Die bisherigen auch der Stadt Oelde bekannten Auseinandersetzungen von Anwohnern und dem derzeitigen Sportplatzbetreiber zeigen, dass aufgrund fehlender sinnhaft positionierter Lärmschutzeinrichtungen dringend Handlungsbedarf im Bereich zwischen dem Sportplatz und dem Grundstück von Hauptstr. 10 notwendig ist! Hier könnte eine Kombination aus Lärmschutzwand und Ballfangzaun, da immer wieder Bälle in die Nachbargärten „fliegen“, eine Lösung darstellen. Da Verkehrswege des Sportplatzes hier unmittelbar an einem „Nadelöhr“ vorbeiführen, kann somit Sportplatzlärm ungehindert in die Nachbargärten dringen. Die Errichtung von Lärmschutzeinrichtungen für das bestehende Gelände ist der Tatsache geschuldet, dass es sich im Verfahren um eine Kapazitäts- und Nutzungserweiterung handelt, die auch das alte Sportplatzgelände einbezieht.*
5. *Das Gutachten des Fachbüros Uppenkamp und Partner, welches das Vorhaben der Sportplatzerweiterung für umsetzbar hält, ohne sinnvolle Lärmschutzeinrichtungen zu befürworten, zeigt unser Meinung nach große Lücken. Nachfolgende Gedanken zum Gutachten sollten von der Stadt Oelde einmal wertfrei nachvollzogen werden:*
 - a) *Um „Lärm“ für das alte Sportgelände zu „berechnen“ werden iterative Werte herangezogen! Aber warum? Nutzung und Spielbetrieb liefen doch bis „Corona“. Bis dahin hätten empirisch zu behandelnde Werte in der Realität gemessen werden müssen!*
 - b) *Das Gutachten verwendet in seinen Berechnungen geschätzte Zuschauerzahlen! Warum wurden sie nicht gezählt und der nächsthöhere zulässige Berechnungswert genommen?*
 - c) *Schallfrequenzen wurden auf einen fiktiven gleichbleibenden Wert festgelegt! Lärm im Stadion ist „schwellend und wechselnd“ (Physikalisch-technische Bezeichnung), was im Gutachten nicht berücksichtigt wird. Berechnungen nach „DIN und Technischen Anleitungen“, wie im Anhang des Gutachtens „aufgezählt“, zweifeln wir im Rahmen der Mathematik nicht an, jedoch fehlt der reale Bezug zum Sportplatzlärm vor den Anwohnergrundstücken! Ihre Berechnungen, was eigentlich zeigt, dass sie sehr „wackelig“ sind, werden mit sogenannten Korrekturfaktoren beaufschlagt, um ein korrektes Gutachtenergebnis dem Leser zu suggerieren. Ihre „Unsicherheitskorrekturfaktoren“, von z. B. 3 dB, schützen uns im „richtigen Leben“ auch nicht vor Lärm!*
6. *Ziel der Planung ist eine Änderung und Erweiterung der bestehenden Sportanlage. Genehmigt werden soll ein neuer Standort von Tennisplätzen, Kleinspielfeld und einem Gebäude mit Umkleideräumen, dessen weitere Nutzung und der damit verbundenen Geräuschentwicklungen offenbleiben und im Lärmgutachten gar nicht bewertet werden! Südlich der im entsprechenden B-Plan Nr. 147 "Sportanlage Lette" ist der Betrieb einer Pumpstation vorgesehen. Die Pumpstation wird nur mangelhaft lärmtechnisch bewertet, da konkrete Pumpenwerte, insbesondere Leistungswerte jeder Art und der damit im Zusammenhang stehenden Lärmentwicklungsgrad nicht genannt werden, obwohl doch im Haushaltsplan die technische Größenordnung feststeht, da sie auch einkalkuliert ist! Hier einfach eine Prognose anzuwenden, ist sehr fragwürdig, zumal das in Anwendung kommende oberirdische Notstromaggregat der Pumpstation nicht berücksichtigt ist. Dies ist ein weiterer Immissionsort, der zusätzlich zur Nutzung der Sportanlage kommt.*

Zu erwarten ist hierzu keine „allgemeine Akzeptanz der Bevölkerung“, die die Stadt Oelde erwarten sollte, da im südlichen Bereich auch das neue Seniorenheim angrenzen wird!

- 7. Ein Bebauungsplan, der in der Nachbarschaft neben einem „reinen“ Wohngebiet einen Sportplatz festsetzen möchte, muss wegen der somit verbundenen Geräuschentwicklung frei von Abwägungsfehlern sein. Deswegen erwarten wir, dass uns die Stadt Oelde vor Immissionen schützt. Die Zielsetzung (wie Sie schreiben) des Regionalplans liegt auf der bedarfsgerechten Freiraum- und umweltverträglichen Siedlungsentwicklung. Die Anwohner trugen zu dieser umweltgerechten Siedlungsentwicklung durch Begrünung, Gärten, Solartechnik und Regenwasserspeicherung bei und dürfen jetzt nicht beim Lärmschutz=Umweltschutz von der Stadt Oelde im Stich gelassen werden. In einer solchen Planungssituation müssen Freizeitlärm, durch Freizeitaktivitäten verursacht, und von Sporteinrichtungen ausgehende Geräusche überprüft und damit auch gemessen/ermittelt werden. Es reicht keine sogenannte „Prognose“.*
- 8. Lärm von Veranstaltungen, bei denen es sich um Begleitveranstaltungen handeln soll, die nicht unmittelbar sportlichen Charakter haben, bei denen zum Beispiel Musik dargeboten wird, wird in Ihrem Gutachten mit eingebracht, obwohl in der Vergangenheit die damit verbundenen Streitigkeiten mit dem Ordnungsamt erst nach Androhung von möglichen richterlichen Anordnungen und Entscheidungen beigelegt werden konnten. Dieses spricht eindeutig für Lärmschutzeinrichtungen in der gesamten Letter Sportanlage um dauerhaft diese Situation zu entschärfen. Erwarten Sie bei einer Erweiterung etwa mit weniger Beschwerden der Nachbarn? Wir sprechen da aus Erfahrung, was Ordnungsamt und Schulamt betätigen können. Auch dies gehört in eine Entscheidungsabwägung und nicht nur ein „Prognosegutachten“. Realitätsbezug gehört immer zu einer Entscheidungsfindung.*
- 9. Es ist möglich, dass Lärm durch technische Anlagen und umweltverträgliches Bauen reduziert werden kann. Bepflanzte Lärmschutzwälle und -wände stellen nicht nur einen „Umweltlärmschutz“ dar, sondern auch einen Schutz von Natur und der Allgemeinheit vor Umwelteinwirkungen(CO2-Abbau). Durch Anpflanzungen von Sträuchern und Blumenwiesen auch in den freien Zwischenräumen und Randlagen des Sportplatzes würden ebenfalls der Vogel- und Insektenschutz gefördert. Unter diesem Aspekt könnten entsprechende bepflanzte Schallschutzmaßnahmen eingesetzt werden.*
- 10. In der Vergangenheit kam es regelmäßig zu lärmenden Aktionen durch den Sportplatzbetrieb. Daher sollte bei den Betriebszeiten bedacht werden, dass sich Ruhezeiten an Sonn- und Feiertagen mittags auf das ganze Gelände (alt und neu) beziehen. Aktivitäten sind bei der angegebenen Gesamtbetriebszeit auf alle Bereiche zu übertragen! Man fragt sich, wieso, wenn sich Zeiten verschiedener Aktivitäten überschneiden, nicht auch die verursachenden Lärmquellen als sogenannte akustische Überlagerungen zu einem Gesamtlärm zusammengerechnet werden! In Ihrem „Prognosengutachten“ käme es dann nämlich zu deutlich überhöhten Dezibel-Werten! Warum wird dieses dem Betrachter verschwiegen? Durch sinnvolle Lärmschutzeinrichtungen könnten Überlagerungen erst gar nicht entstehen oder müssten räumlich „später“ nicht durch weitere Lärmschutzeinrichtungen aufgefangen werden. Stellen Sie sich einmal vor, was für ein Lärm entsteht, wenn alle vier Lärmquellen der Sportanlage mit verschiedenen realen Frequenzen gleichzeitig aktiv sind! Der „Supergau“ des Sportplatzlärms als Zumutung für die Anwohner?! Hier nochmals die Forderung sinnvolle (mind. 4m hohe) Lärmschutzeinrichtungen zu platzieren!*
- 11. Bepflanzte Erdwälle und/oder Wände auf dem Sportplatz stellen keine Abgrenzung zu den Gärten der Anwohner dar, sondern zeigen einen vorbildlichen „grünen Übergang“*

zwischen den beiden Nutzungszonen.

Explizite Stellungnahme zum maßgeblichen Immissionsort „Grundstück Hauptstr. 10“ im Immissionsschutzgutachten in Anlehnung an das Schreiben Ihres Fachdienstes „Planung und Stadtentwicklung“ vom 17.02.21:

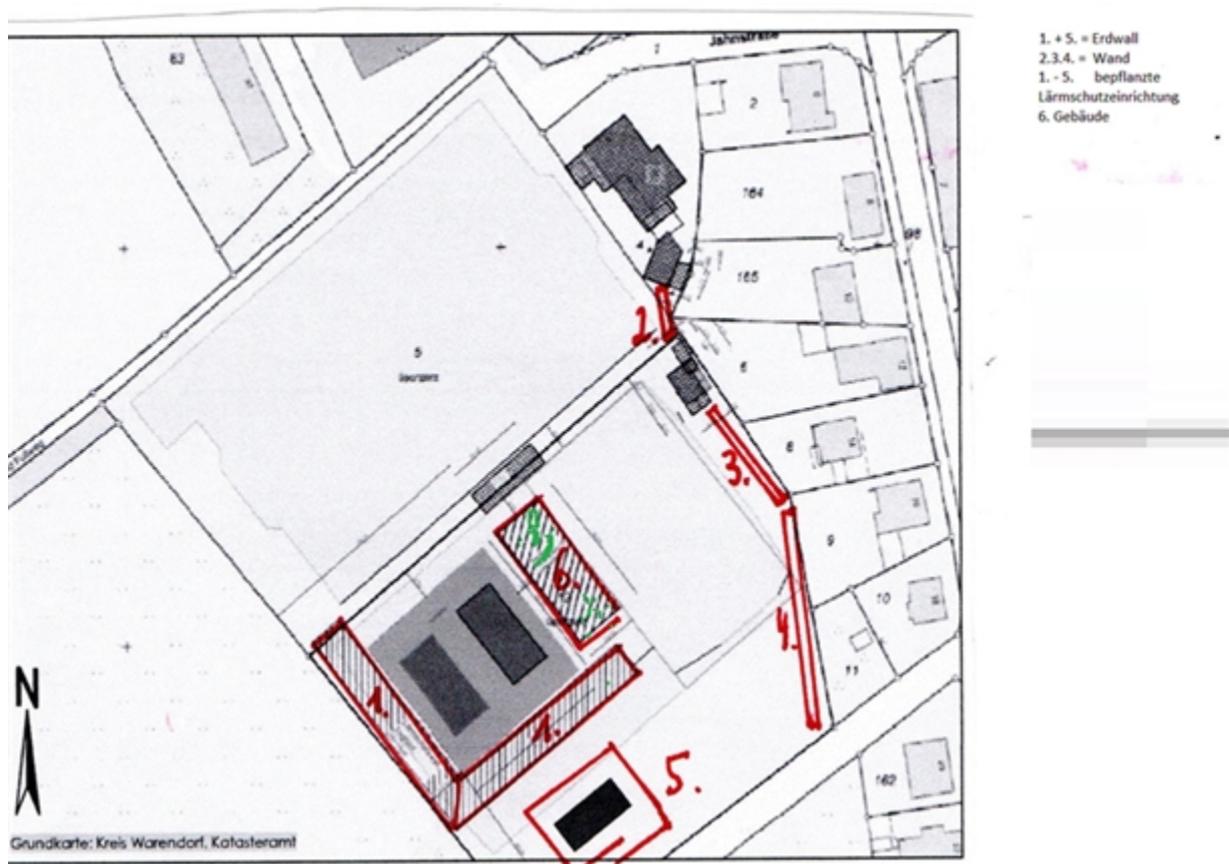
- 1. Von allen im LSG genannten Kernlärmquellen dringt Lärm ungehindert bis zu unserem Gebäude vor. Die Schallwellenausbreitungsdarstellungen zeigen dies. Hier hätten die Lautstärkewerte vom Kunstrasen gemessen werden und nicht iteriert werden dürfen! Erst so kann eine Bewertung vollzogen werden.*
- 2. Eine Überlagerung der Schallwellen dieser vier Lärmquellen und die damit verbundene Lärmverstärkung wird nicht ermittelt! Diese Überlagerung würde unser Gebäude extrem mit Lärm „treffen“.*
- 3. Lärm bei Sonderveranstaltungen mit „sportlichen Charakter“ des Sportplatzbetreibers an beliebigen lärmzeugenden ungünstigen Standorten im Stadion und hinter unserem Gartenzaun dringt insbesondere an der ungeschützten Lücke (vom Vereinsheim zur EX-Imbissbude von Germania, heute Besenkammer von Germania) zu unserem Grundstück durch! Hoffentlich findet dieses Beispiel eines schlechten Umganges mit Lärmstörungen in der Weise Beachtung, dass die „ungeschützte Lücke“ mit einer Kombination aus Lärmschutz und Ballfangvorrichtung geschlossen wird. Diese Lückenschließung würde auch unseren Nachbarn eine deutliche Lärminderung vom alten und neuen Sportplatz zukommen lassen!*
- 4. Eine von mehreren neutralen Personen durchgeführte „subjektive Lärmempfindungserfassung“ des Sportplatzlärms (ähnlich einer vom TÜV durchgeführten In-Etwa-Wirkung bei Kraftfahrzeugen) könnte hier zumindest in einer von Berechnungswerten abgekehrten Form erfolgen.*
- 5. Unstrittig im Verfahren ist die Tatsache, dass auch die Stadt Oelde von einer Lärmbelästigung auf dem gesamten Sportgelände ausgeht, dieses im Lärmgutachtenentwurf nicht mit realen „Lärmwerten“ entkräften kann, um auf Lärmschutz rechtskräftig zu verzichten!*
- 6. In der deutschen Rechtsprechung gilt das Verursacherprinzip! Demnach muss die Stadt Oelde dafür sorgen, dass durch entsprechende Einrichtungen kein Lärm zu uns und den Anwohnern dringt. Sie darf den von ihr eingesetzten Betreibern des Sportplatzes keinen freien Lauf lassen, wenn diese nicht ebenfalls mit aktiven und passiven Maßnahmen dazu beitragen, störenden Lärm zu minimieren.*

Wir fordern Sie hiermit auf, nicht durch ein fragwürdiges Lärmschutzgutachten oder Entwurf eines Gutachtens (Bezeichnung in der Mail von Herrn Leson vom 17.02.21) uns und den Nachbarn eine haltlose Erträglichkeitsentscheidung aufzuerlegen! Nur ein Gutachten zu einer Entscheidungsfindung heranzuziehen, würde einer richterlichen Überprüfung nicht standhalten!

Sie hätten die Lautstärkewerte vom Kunstrasenbereich messen, Vorschläge der Vereine zur Lärminderung vorlegen (Außer einem Wall, der kurz vor Beginn des Verfahrens auch noch von 4m Höhe auf 2,5m reduziert wurde, kam nichts!), Besucheraufkommen zählen, einen Ortstermin mit allen Beteiligten organisieren, subjektive Lärmempfindungen im Stadion und den Gärten/Häusern erfassen, akustische Grundlagen wie Interferenz, Beugung, Absorption, Brechung und Reflexion von Lärm im Gutachten verwerten lassen können. Warum fehlen all diese Sachen? Oder werden diese Gesichtspunkte noch in ihren endgültigen Planentwurf

aufgenommen?!

In der Hoffnung einer zufriedenstellenden Entscheidung der Stadt Oelde für alle Anwohner im Bürgerbeteiligungsverfahren verbleiben wir als Anwohner des Sportplatzes in Lette.



Beschluss

Bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes sind gem. § 1 Abs. 7 des Baugesetzbuches (BauGB) die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen. Dafür müssen auf der ersten Stufe die abwägungsrelevanten Belange zutreffend ermittelt werden. Richtig wird in der Stellungnahme darauf hingewiesen, dass zu ihren Gunsten das Gebot der Rücksichtnahme streitet und deshalb in die Abwägung eingestellt werden muss.

Das Rücksichtnahmegebot beinhaltet u.a. den Schutz vor unzumutbaren Lärmbelastungen. Es kann allerdings nicht verlangt werden, dass die Stadt Oelde mittels aktiver Lärmschutzmaßnahmen dafür sorgt, dass durch den Betrieb des Sportplatzes kein Lärm zu ihnen und den Anwohnern dringt. Da alle Menschen in einem sozialen Umfeld leben, müssen sie in gewissem Maße die sozial üblichen Immissionen durch Anlagen und Lebensäußerungen anderer Menschen hinnehmen. Die Grenze des Hinzunehmenden wird durch die Zumutbarkeit bestimmt. Was anderen Menschen an Lärm zumutbar ist, regeln die Gesetze, die aufgrund der Gesetze erlassenen Verordnungen und – im Detail – vor allem die technischen Regelwerke für die Ermittlung und Bewertung von Immissionen. Die Orientierung an technischen Regelwerken garantieren einen möglichst einheitlichen, an objektiven Maßstäben orientierten Gesetzesvollzug. Das schließt aus, Lärm über „eine von neutralen Personen durchgeführte subjektive Lärmempfindungserfassung“ zu ermitteln.

Für die Durchführung eines Planverfahrens ist eine Behörde auf objektive Bewertungs-

kriterien angewiesen, damit alle Belange, die durch das Vorhaben berührt werden, zunächst wertfrei bei uns eingehen. Daher werden sämtliche Gutachten stets objektiv angefertigt. Anschließend werden sämtliche Gutachten und Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit sowie Stellungnahmen von Behörden, Nachbarkommunen und sonstigen Trägern öffentlicher Belange einzeln bewertet und untereinander abgewogen. Eine subjektive Lärmbewertung findet hier rechtlich korrekterweise keine Anwendung. Das Lärmschutzgutachten ist nach rechtlicher Prüfung methodisch einwandfrei und dass bei der Planung einer Fläche mit emittierenden Nutzungen keine Messungen vorgenommen werden, hat die Rechtsprechung vielfach entschieden. Entsprechend ist gemäß 18. BImSchV die VDI-Richtlinie für die Ermittlung der Mittelungspegel durch Sportanlagengeräusche zu verwenden. Hierfür sind Messungen nicht erforderlich. Es hat sich gezeigt, dass im statistischen Mittel gar die berechneten Mittelungspegel geringfügig höhere Pegel erzeugen als die durch Messungen ermittelten Mittelungspegel. Die Berechnungen erfolgten iterativ, da die jeweiligen Zeiträume (innerhalb und außerhalb der Ruhezeiten an Werktagen, Samstagen, Sonn- und Feiertagen) maximal möglichen Nutzungszeiten ermittelt werden sollten, welche die Einhaltung der Immissionsrichtwerte an den maßgebenden Immissionsorten gewährleisten ohne weitere bauliche Lärmschutzmaßnahmen zu erfordern.

Bei dem Planvorhaben geht es um die Zumutbarkeit von Sportlärm. Rechtlicher Anhaltspunkt ist der § 23 Abs. 1 des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG). Danach wird die Bundesregierung ermächtigt, durch Rechtsverordnung vorzuschreiben, dass die Errichtung, die Beschaffenheit und der Betrieb nicht nach Immissionsschutzrecht genehmigungsbedürftiger Anlagen bestimmten Anforderungen zum Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen genügen müssen. Auf dieser Grundlage hat die Bundesregierung die 18. BImSchV erlassen. Diese gilt gem. § 1 Abs. 1 und 3 für die Errichtung, die Beschaffenheit und den Betrieb von Sportanlagen, soweit sie zum Zwecke der Sportausübung (und nicht für andere Freizeitveranstaltungen) betrieben werden. Zur Sportanlage und damit zum Sportlärm zählen auch Einrichtungen, die mit der Sportanlage in einem engen räumlichen und betrieblichen Zusammenhang stehen. Zur Nutzungsdauer der Sportanlage gehören auch die Zeiten des An- und Abfahrverkehrs sowie des Zu- und Abgangs. Die 18. BImSchV setzt für den Sportlärm je nach Schutzbedürftigkeit des benachbarten Baugebietes und gestaffelt nach Ruhezeiten für Werktage sowie Sonn- und Feiertage Immissionsrichtwerte fest, die grundsätzlich vom Betreiber der Anlage einzuhalten sind. Der maßgebliche Immissionsrichtwert für das angesprochene Grundstück, das in einem allgemeinen Wohngebiet (WA) liegt, tags außerhalb der Ruhezeiten 55 dB(A), tags innerhalb der Ruhezeiten 50 dB(A), im Übrigen 55 dB(A).

Die 18. BImSchV ist maßgeblich für das Baugenehmigungsverfahren. Sie bietet aber auch für das vorgelagerte Bebauungsplanverfahren Orientierungswerte. Denn die planende Gemeinde muss in der Abwägung zumindest abschätzen, ob auftretende Lärmkonflikte im Genehmigungsverfahren lösbar sind. Details müssen und können aufgrund fehlender Festsetzungsmöglichkeiten auf der Ebene nicht gelöst werden und müssen dem Genehmigungsverfahren vorbehalten bleiben. Das gilt etwa für Nutzungszeiten eines Sportplatzes, die in der Baugenehmigung festgelegt werden können, nicht dagegen im Bebauungsplan. Vor diesem Hintergrund wurde die schalltechnische Untersuchung des Büros Uppenkamp + Partner (August 2021) eingeholt, das auf der Basis der 18. BImSchV erstellt worden ist. Klärende Gespräche bezüglich der Trainings- und Spielzeiten haben zwischen der Stadt Oelde und den Vereinen bereits stattgefunden. Diese wurden bereits durch den Fußball- und Leichtathletikverband Westfalen e.V. bestätigt und werden Teil der Baugenehmigung sein, um die in dem Schallgutachten festgelegten Zeiten sicher einhalten zu können.

Zutreffend hat sich das Gutachten nach erneuter Überarbeitung auf die Ermittlung des

Sportlärms beschränkt. Grundsätzlich werden einzelne Lärmquellen (Gewerbelärm, Verkehrslärm usw.) isoliert ermittelt und bewertet, zumal es auch jeweils spezifische technische Regelwerke gibt, die untereinander nicht kompatibel sind. Von daher ist es folgerichtig, dass der Lärm der Pumpanlage nun nicht weiter in die Betrachtung einbezogen wird. Es handelt sich hierbei um Gewerbelärm, für den die TA Lärm gilt. Die Pumpanlage liegt zudem außerhalb des Plangebiets und im vorliegenden Bebauungsplanverfahren geht es um den planbedingten Sportlärm.

Die Kritik, der Lärmgutachter sei methodisch falsch vorgegangen, er hätte Messungen vornehmen müssen und seine Vorgehensweise habe zu unrealistisch niedrigen Belastungswerten geführt, kann nach rechtlicher Prüfung seitens *Wolter Hoppenberg - Rechtsanwältinnen Partnerschaft mbB* aus verschiedenen Gründen zurückgewiesen werden. Der Gutachter ist bei der Ermittlung und Bewertung von Sportlärm nicht frei, sein methodisches Vorgehen zu wählen. Die 18. BImSchV gibt im Anhang 1 verbindlich Ermittlungs- und Beurteilungsverfahren vor. Danach kann die Ermittlung der Geräuschimmission durch Prognose oder durch Messung erfolgen. Üblicherweise wählt der Gutachter in Planungs- und Genehmigungsverfahren – also wenn die zu bewertende Sportanlage noch nicht vollständig in Betrieb ist – das Prognoseverfahren, weil der Lärm einer noch nicht (vollständig) erstellten Sportanlage nicht umfassend messbar ist. Außerdem geht das Prognoseverfahren von pessimistischen Annahmen aus, damit das Ergebnis „auf der sicheren Seite“ liegt. Das Messverfahren kommt dagegen zur Anwendung, wenn es um die (spätere) Aufsicht geht, z.B. um die Frage, ob der Sportanlagenbetreiber die Vorgaben seiner Genehmigung einhält oder ob gegen ihn mit bauordnungsrechtlichen Mitteln eingeschritten werden soll. Das Prognoseverfahren ist für die Nachbarn der Sportanlage in aller Regel auch günstiger als das Messverfahren. Nach Nr. 1.6 des Anhangs 1 zur 18. BImSchV ist, wenn der Beurteilungspegel durch Messung nach Nr. 3 ermittelt wird, zum Vergleich der Immissionsrichtwerte nach § 2 der 18. BImSchV der um 3 dB(A) verminderte Beurteilungspegel nach Nr. 1.3.5 heranzuziehen. Die Vorgabe der 18. BImSchV zur Ermittlung und Bewertung des Sportlärms führt dazu, dass der Gutachter grundsätzlich das Prognose- oder das Messverfahren anzuwenden hat und die Elemente beider Vorgehensweisen im selben Gutachten nicht wechselnd verwenden kann. Das gewählte Prognoseverfahren ist für die Nachbarn grundsätzlich günstiger, weil der Abzug von 3 dB(A) entfällt. Hinzu treten derzeit praktische Schwierigkeiten. Das Messverfahren muss einen realistischen Sportbetrieb erfassen. Das ist aus pandemiebedingten Gründen derzeit, schon seit längerer Zeit und auch in der Zeit der Gutachtenerstellung nur bedingt möglich, weil der Sportbetrieb in weiten Teilen geruht hat. Messergebnisse hätten deshalb wahrscheinlich zu weniger Belastungen geführt als im normalen Sportbetrieb. Die Pandemie führt nicht zu einem Planungs- und Genehmigungsstopp. Auch aus diesem Grund war die Prognose die geeignete Ermittlungsmethode zur Erfassung des Sportlärms.

Die verschiedenen Schallimmissionsquellen der Sportanlagen wurden hinsichtlich der sie charakterisierenden Emissionsansätze (z.B. „Lautstärke“) und ihres zeitlichen Einwirkens auf die untersuchten Immissionsorte zusammengerechnet. Hieraus ergibt sich an jedem Immissionsort ein Summenpegel, welcher die Einwirkungen aller Schallquellen berücksichtigt und diese auf die untersuchten Zeiträume (z.B. Ruhezeit am Tage) mittelt, sodass für den Immissionsort ein Mittelungspegel berechnet wird. Inwieweit sich die einzelnen Emissionen dabei zeitlich überlagern oder innerhalb eines gleichen Beurteilungszeitraums zeitlich versetzt auf die jeweiligen Immissionsorte einwirken ist für die Berechnung des Mittelungspegels (Beurteilungspegels) nicht relevant. Diese Mittelungspegel der von den Sportanlagen ausgehenden Geräusche sind gemäß 18. BImSchV Anhang 1, Punkt 2 in Anlehnung an die VDI-Richtlinie 2714 „Schallausbreitung im Freien“ (Januar 2018) zu ermitteln. Der Unsicherheitskorrekturfaktor von +/- 3 dB ist dem Berechnungsverfahren der VDI 2714 zuzuordnen, welche statistisch gemittelt keine Mittelungspegel generiert, welche geringer

ausfallen als die durch Messungen ermittelten Mittelungspegel. Die im Rahmen des Schallimmissionsgutachtens eingesetzten Schallleistungspegel für die maßgeblichen Schallquellen des Sportlärms basieren auf Angaben aus der einschlägigen Fachliteratur, insbesondere Studien und Berichten unterschiedlicher Landesbehörden. Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass die Prognosesicherheit mit + 0 dB / -3 dB und damit als auf der sicheren Seite liegend abgeschätzt. Die in der Schallimmissionsprognose verwendeten Emissionsansätze stammen aus der VDI 3770 „Emissionskennwerte von Schallquellen – Sport- und Freizeitanlagen“ (September 2012), welche die Emissionskennwerte von Schallquellen von Sport- und Freizeitanlagen aufführt. Abgeleitet sind diese Kennwerte von vorherigen Messungen von Sportanlagen. Der „schwellige und wechselnde“ Charakter der Sportlärmemissionen sind im Sinne von Impulzzuschlägen bereits in den einzelnen Emissionsansätzen enthalten.

Die Zuschauerzahlen, welche der Sportlärmrechnung zugrunde liegen, wurden seitens der Stadt Oelde mit den Vereinen abgesprochen und durch das Gutachter-Büro im Zuge der Berechnungen auf Plausibilität geprüft. Es wurde für Seniorenspiele von 100 Zuschauern pro Spiel, bei Jugendspielen (A-, B- und C-Jugend) von 50 Zuschauern und bei Kinderspielen von 30 Zuschauern ausgegangen. Im weiteren Verlauf hat der Gutachter mit der VDI 3770 gearbeitet, wogegen es nach rechtlicher Prüfung durch *Wolter Hoppenberg - Rechtsanwälte Partnerschaft mbB* methodisch nichts einzuwenden gibt. Der VfB Germania Lette spielt mit seiner Seniorenmannschaft in der Kreisliga A. Es ist weder dargetan noch gibt es sonst Erkenntnisse, dass im Bereich der Kreisligen allgemein oder beim VfB Germania Lette im Besonderen 100 Zuschauer eine unrealistisch niedrige Zuschauerzahl wäre, die das Lärmgeschehen nicht abbildet. Dabei handelt es sich um einen Durchschnittswert, der naturgemäß zu einem angenommenen gleichbleibenden Zuschauergeschehen führt. In der Realität wird es – wetterbedingt und gegnerbedingt (Derbys) – sicherlich Spiele mit mehr oder mit weniger Zuschauern geben. Derartige spieltagspezifische Unterschiede kann eine Prognose nicht abbilden. Die Unterschiede sind ihrerseits auch von Saison zu Saison und von Jahreszeit zu Jahreszeit wechselnd. Insofern handelt es sich bei den Zuschauerzahlen um einen Mittelwert.

Sonderveranstaltungen, die nicht der üblichen Benutzung der Sportanlagen zuzurechnen sind, sind auf der Ebene des Bebauungsplans nicht zu betrachten. Dabei handelt es sich nicht um Sportlärm, sondern regelmäßig um Freizeitlärm, der nicht der 18. BImSchV unterliegt. Ob und in welchem Umfang Freizeitveranstaltungen neben dem Sportbetrieb zulässig sind, ist auf der Ebene der Baugenehmigung oder gar in eigenständigen Genehmigungsverfahren zu prüfen und zu entscheiden.

Insgesamt kommt die Stadt Oelde sowie *Wolter Hoppenberg – Rechtsanwälte Partnerschaft mbB* zu dem Ergebnis, dass die nach den dargestellten Maßstäben Prognose methodisch einwandfrei ist und richtigerweise zu der Einschätzung kommt, dass am genannten Grundstück die Immissionsrichtwerte der 18. BImSchV sicher eingehalten oder deutlich unterschritten werden.

Wie zuvor kommuniziert, war zunächst ein Lärmschutzwall südlich und östlich der Tennisplätze auf freiwilliger Basis vorgesehen. Der VfB Lette wollte diesen errichten. Um einen gewissen Ausgestaltungsspielraum zu ermöglichen und da der Lärmschutzwall, wie das ursprüngliche Schallimmissionsgutachten bestätigte, grundsätzlich nicht notwendig wäre, um das Vorhaben planungsrechtlich korrekt abzuwickeln, wurde auf eine konkrete Festsetzung verzichtet. Nach eingehender Abwägung der Vor- und Nachteile sowie der verschiedenen Interessenlager, wird nun ein Lärmschutzwall in einer Höhe von 2,50 m festgesetzt, welcher zusätzlich bepflanzt werden soll. Die Höhe wurde aufgrund der Fußpunkte verringert, da sonst eine erhebliche Grundfläche auf Kosten der Größe der Sportanlagen benötigt werden

würde. Da dieser Wall baurechtlich 3 m Abstand zur Grundstücksgrenze einhalten muss, wäre die Fläche für die Sportanlagen bei den erforderlichen Fußpunkten eines 4-Meter-Walls zu klein geworden. Das Schallimmissionsgutachten ist entsprechend dieser Festsetzung eines Walls von 2,50 m Höhe angepasst worden.

Die Stellungnahme wird wie dargelegt berücksichtigt.

3.) Stellungnahme eines Bürgers vom 24.02.2021

Gegen den am 29.01.2021 bekanntgegebenen Bebauungsplan „Sportanlage Lette“ möchten ich folgenden Einwand einbringen:

Die „Kann – muss aber nicht“ Prognose/Aussage des Immissionsschutz-Gutachten zur Notwendigkeit des Lärmschutzwalls und des Vereinsheims auf Seite 13 „... ohne weitere bauliche Maßnahmen der Lärminderung eingehalten werden ...“ ist nicht schlüssig und nachvollziehbar.

Wie allgemein bekannt handelt es sich bei der BImSchV um Mindestanforderungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen, bei deren Nichteinhaltung Schallschutzmaßnahmen erforderlich werden. Der Ihnen zur Verfügung stehende Planungsspielraum sollte allerdings die Zumutbarkeitsgrenze nicht überschreiten. Als Kommune sind sie verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass sich das immissionsschutzrechtliche Verursacherprinzip minimiert.

Der in der Zeichnung „Anhang Seite 37“ angedachte 4m-Lärmschutzwall, sowie das Vereinsheim müssen als fester Bestandteil der Planung und Realisierung gelten.

Anderweitig wird sich die Einhaltung, im Sinne des Minimierungsgebotes zur Unterschreitung des Schallpegels, nicht einhalten lassen.

Sollte eine zeitnahe Umsetzung des Vereinsheims als schalltechnische Abgrenzung zu den Häusern IP01 bis IP11) nicht möglich sein, wird eine Überlegung hinsichtlich anderer Lärmschutzmaßnahmen zu bereits genannten Anliegergrundstücken erforderlich sein und muss in der Planung Berücksichtigung finden.

Beschluss

Wie zuvor kommuniziert, war zunächst ein Lärmschutzwall südlich und östlich der Tennisplätze auf freiwilliger Basis vorgesehen. Der VfB Lette wollte diesen errichten. Um einen gewissen Ausgestaltungsspielraum zu ermöglichen und da der Lärmschutzwall, wie das ursprüngliche Schallimmissionsgutachten bestätigte, grundsätzlich nicht notwendig wäre, um das Vorhaben planungsrechtlich korrekt abzuwickeln, wurde auf eine konkrete Festsetzung verzichtet. Nach eingehender Abwägung der Vor- und Nachteile sowie der verschiedenen Interessenlager, wird nun ein Lärmschutzwall in einer Höhe von 2,50 m festgesetzt, welcher zusätzlich bepflanzt werden soll. Die Höhe wurde aufgrund der Fußpunkte verringert, da sonst eine erhebliche Grundfläche auf Kosten der Größe der Sportanlagen benötigt werden würde. Da dieser Wall baurechtlich 3 m Abstand zur Grundstücksgrenze einhalten muss, wäre die Fläche für die Sportanlagen bei den erforderlichen Fußpunkten eines 4-Meter-Walls zu klein geworden. Das Schallimmissionsgutachten ist entsprechend dieser Festsetzung eines Walls von 2,50 m Höhe angepasst worden.

Bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes sind gem. § 1 Abs. 7 des Baugesetzbuches

(BauGB) die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen. Dafür müssen auf der ersten Stufe die abwägungsrelevanten Belange zutreffend ermittelt werden.

Das Rücksichtnahmegebot beinhaltet u.a. den Schutz vor unzumutbare Lärmbelastungen. Es kann allerdings nicht verlangt werden, dass die Stadt Oelde mittels aktiver Lärmschutzmaßnahmen dafür sorgt, dass durch den Betrieb des Sportplatzes kein Lärm zu ihnen und den Anwohnern dringt. Da alle Menschen in einem sozialen Umfeld leben, müssen sie in gewissem Maße die sozial üblichen Immissionen durch Anlagen und Lebensäußerungen anderer Menschen hinnehmen. Die Grenze des Hinzunehmenden wird durch die Zumutbarkeit bestimmt. Was anderen Menschen an Lärm zumutbar ist, regeln die Gesetze, die aufgrund der Gesetze erlassenen Verordnungen und – im Detail – vor allem die technischen Regelwerke für die Ermittlung und Bewertung von Immissionen. Die Orientierung an technischen Regelwerken garantieren einen möglichst einheitlichen, an objektiven Maßstäben orientierten Gesetzesvollzug.

Insgesamt kommt die Stadt Oelde sowie *Wolter Hoppenberg – Rechtsanwälte Partnerschaft mbB* zu dem Ergebnis, dass die nach den dargestellten Maßstäben Prognose methodisch einwandfrei ist und richtigerweise zu der Einschätzung kommt, dass am genannten Grundstück die Immissionsrichtwerte der 18. BImSchV sicher eingehalten oder deutlich unterschritten werden.

Die Stadt Oelde hat das Gutachter-Büro Uppenkamp + Partner neben der Erstellung des Schallimmissionsschutz-Gutachtens ebenfalls damit beauftragt, die schalltechnischen Auswirkungen auf die Geräuschemissionen in der Umgebung des Plangebietes zu ermitteln, die sich durch einen verzögerten Bau des Vereinsheimes ergeben. Um dies zu betrachten, wurde der Baukörper des geplanten Vereinsheims aus dem Berechnungsmodell herausgenommen. Die Beurteilungspegel an den östlich des Sportgeländes befindlichen Immissionsorten steigen dadurch um maximal 1,6 dB(A) an und befinden sich weiterhin unterhalb der immissionsschutztechnischen Richtwerte der 18. BImSchV.

Die Stellungnahme wird wie dargelegt berücksichtigt.

4.) Stellungnahme eines Bürgers vom 26.02.2021

In vorbezeichneter Angelegenheit nehmen wir Bezug auf Ihr Schreiben vom 17.02.2021 und nehmen wie folgt Stellung:

Grundsätzlich haben wir keine Bedenken mit dem Bebauungsplan und der Sportplatzerweiterung.

Allerdings möchten wir – wie auch unsere Nachbarn – daran anknüpfen, dass unsererseits Einverständnis mit dem Bebauungsplan unter der Voraussetzung besteht, dass Lärmschutzmaßnahmen auf dem gesamten Sportplatz durchgeführt werden. Um ein effektives und adäquates Ergebnis zu erzielen, müssten gezielt positionierte Lärmschutzwände zwischen Wohngebiet und Sportplatz aufgestellt werden. Auch die Betriebszeiten sind nicht außer Acht zu lassen, es müsste dabei berücksichtigt werden, dass die Inbetriebnahme zu angemessenen Zeiten stattfindet bzw. an Sonn- und Feiertagen geschlossen bleibt. Auch bezüglich der Pumpstation wäre ein Alternativort für uns vorteilhafter, nähere Details können wir bei Bedarf vortragen. (Inhaltlich nehmen wir bezüglich der Begründung und der Argumentation Bezug auf die Stellungnahmen – und die damit vorgetragenen Einwände – von anderen Bürgern).

Beschluss

Wie zuvor kommuniziert, war zunächst ein Lärmschutzwall südlich und östlich der Tennisplätze auf freiwilliger Basis vorgesehen. Der VfB Lette wollte diesen errichten. Um einen gewissen Ausgestaltungsspielraum zu ermöglichen und da der Lärmschutzwall, wie das ursprüngliche Schallimmissionsgutachten bestätigte, grundsätzlich nicht notwendig wäre, um das Vorhaben planungsrechtlich korrekt abzuwickeln, wurde auf eine konkrete Festsetzung verzichtet. Nach eingehender Abwägung der Vor- und Nachteile sowie der verschiedenen Interessenlager, wird nun ein Lärmschutzwall in einer Höhe von 2,50 m festgesetzt, welcher zusätzlich bepflanzt werden soll. Die Höhe wurde aufgrund der Fußpunkte verringert, da sonst eine erhebliche Grundfläche auf Kosten der Größe der Sportanlagen benötigt werden würde. Da dieser Wall baurechtlich 3 m Abstand zur Grundstücksgrenze einhalten muss, wäre die Fläche für die Sportanlagen bei den erforderlichen Fußpunkten eines 4-Meter-Walls zu klein geworden. Das Schallimmissionsgutachten ist entsprechend dieser Festsetzung eines Walls von 2,50 m Höhe angepasst worden.

Die 18. BImSchV ist maßgeblich für das Baugenehmigungsverfahren. Sie bietet aber auch für das vorgelagerte Bebauungsplanverfahren Orientierungswerte. Denn die planende Gemeinde muss in der Abwägung zumindest abschätzen, ob auftretende Lärmkonflikte im Genehmigungsverfahren lösbar sind. Details müssen und können aufgrund fehlender Festsetzungsmöglichkeiten auf der Ebene nicht gelöst werden und müssen dem Genehmigungsverfahren vorbehalten bleiben. Das gilt etwa für Nutzungszeiten eines Sportplatzes, die in der Baugenehmigung festgelegt werden können, nicht dagegen im Bebauungsplan. Vor diesem Hintergrund wurde die schalltechnische Untersuchung des Büros Uppenkamp + Partner (August 2021) eingeholt, das auf der Basis der 18. BImSchV erstellt worden ist. Klärende Gespräche bezüglich der Trainings- und Spielzeiten haben zwischen der Stadt Oelde und den Vereinen bereits stattgefunden. Diese wurden bereits durch den Fußball- und Leichtathletikverband Westfalen e.V. abgesegnet und werden Teil der Baugenehmigung sein, um die in dem Schallgutachten festgelegten Zeiten sicher einhalten zu können.

Die angesprochene Pumpstation ist nicht Teil des Planverfahrens und nach weiterer Prüfung des Schallimmissionsgutachtens ebenfalls nicht mehr Teil des Gutachtens. Die schalltechnische Untersuchung richtet sich nach der TA Lärm, der Sportlärm dagegen nach der 18. BImSchV. Sportanlagen und Gewerbelärm werden grundsätzlich nicht additiv (kumulativ) betrachtet. Aus diesen Gründen besteht für die Anregungen und Hinweise bezüglich der Pumpstation kein Abwägungserfordernis im Rahmen dieses Bauleitplanverfahrens, wengleich natürlich bereits vorab alle möglichen Standorte verglichen und untereinander abgewogen wurden.

Die Stellungnahme wird wie dargelegt berücksichtigt.

5.) Stellungnahme eines Bürgers vom 26.02.2021

Bei der Sichtung des Immissionsschutzgutachtens und dem am 29.01.2021 bekanntgegebenen Bebauungsplan „Sportanlagen Lette“ sind uns einige Unklarheiten und Fragen aufgekommen, die wir folgend als Einwände aufgelistet haben:

- *Auf Seite 31 wird dargestellt, dass ein Fußballspiel über eine Dauer von 90 Min. eine Schallemission von 104 dB aufweist, ein Tennisspiel 89 dB. Auf den Seiten 30 – 35 wird*

eine Schallemission in der Farbe braun dargestellt, welches ein Schallpegel von 65 – 70 dB ist. Müsste hier nicht von 89 bzw. 104 dB ausgegangen werden? In diesem Fall wäre der Schallpegel erheblich höher als 50 – 55 dB an unserem Grundstück.

- *Auf Seite 19 wird von der „Gesamtbelastung“ gesprochen, allerdings ist eine Summe der „Belastung“ aus Fußball und Tennis nicht ersichtlich. Dies müsste unseres Erachtens unbedingt berücksichtigt werden, da davon auszugehen ist, dass diese, besonders am Wochenende, gleichzeitig stattfinden wird.*
- *Das Gutachten berücksichtigt in allen Messungen (Hochrechnungen) das Vereinsheim und den Lärmschutzwall. Kann davon ausgegangen werden, dass das Vereinsheim direkt gebaut wird? Sollte dies erst zu einem späteren Zeitpunkt geschehen wäre das Gutachten nichts.*

Wir freuen uns auf eine Rückantwort bzw. eine Klärung unserer Fragen, um für alle Anwohner und die Sportler eine positive Lösung zu finden.

Beschluss

Bei den Schallemissionswerten von beispielsweise 104,9 dB für ein Fußballspiel über 90 Minuten handelt es sich um einen Schalleistungspegel, d.h. eine Schallenergie, welche über einen Zeitraum von 90 Minuten durch das Fußballspiel in der Gesamtheit (d.h. über den gesamten Platz) emittiert wird. Die niederen Farb- und Geräuschwerte ergeben sich zum einen daraus, dass die Schallenergie von 104,9 dB in der Abbildung des Anhangs auf die Spielfeld-Fläche verteilt ist, und zum anderen, da die zu Grunde gelegten Schalleistungspegel über die jeweiligen Beurteilungszeiträume der 18.BImSchV gemittelt werden, d.h. über einen Zeitraum deutlich länger als 90 Minuten. Diese gemittelten Pegel wurden anschließend mit den Immissionsrichtwerten der 18. BImSchV auf ihre Unterschreitung bzw. Einhaltung geprüft.

Die verschiedenen Schallemissionsquellen (z.B. Fußball- und Tennisbetrieb) wurden hinsichtlich der sie charakterisierenden Emissionsansätze und ihres zeitlichen Einwirkens auf die untersuchten Immissionsorte zusammengerechnet. Hieraus ergibt sich an jedem Immissionsort ein Summenpegel, welcher die Einwirkungen aller Schallquellen berücksichtigt und diese auf die untersuchten Zeiträume (z.B. Ruhezeit am Tage) mittelt, sodass für jeden Immissionsort ein Mittelungspegel berechnet wird.

Die Stadt Oelde hat das Gutachter-Büro Uppenkamp + Partner neben der Erstellung des Schallimmissionsschutz-Gutachtens ebenfalls damit beauftragt, die schalltechnischen Auswirkungen auf die Geräuschimmissionen in der Umgebung des Plangebietes zu ermitteln, die sich durch einen verzögerten Bau des Vereinsheimes ergeben. Um dies zu betrachten, wurde der Baukörper des geplanten Vereinsheimes aus dem Berechnungsmodell herausgenommen. Die Beurteilungspegel an den östlich des Sportgeländes befindlichen Immissionsorten steigen dadurch um maximal 1,6 dB(A) an und befinden sich weiterhin unterhalb der immissionsschutztechnischen Richtwerte der 18. BImSchV.

Die Stellungnahme wird wie dargelegt berücksichtigt.

6.) Stellungnahme einer Bürgerin vom 28.02.2021:

Unmittelbar hinter unserem Grundstück befinden sich erst das alte Feuerwehrhaus, an dem

viele nächtliche Feiern stattgefunden haben, und dann der große Fußballplatz. In den etwa 14 Jahren, in denen wir hier wohnen, haben wir uns kein einziges Mal wegen des Lärms beschwert, auch wenn wir keine Fußballfans sind, entsteht dieser doch aus einer freundlichen und erheiternden Atmosphäre.

Es ist in der zukünftigen Situation allerdings zu bedenken, dass bei der Erweiterung des Sportplatzes mit der Erhöhung der sportlichen Aktivitäten, ihrer Häufigkeit und einer größeren Besucherzahl zu rechnen ist. Dies erhöht erzwungenermaßen den Geräuschpegel.

Es kann gut ein, dass wir uns weiter nicht übermäßig gestört fühlen. Nur können wir heute überhaupt nicht einschätzen, ob wir z.B. vom Tennisplatz gestört sein werden. Allerdings möchten wir auf keinen Fall unzufriedene, genervte Nachbarn haben [...], die auf Grund des Lärms am Rande der Verzweiflung leben.

Das Lärmgutachten hantiert mit Dezibel Werten hin und her, um zu dem Schluss zu kommen, dass eine Lärmschutzvorrichtung nicht notwendig sei. Es geht nicht immer um die Höhe des Lärms in Dezibel, es geht auch um die Art der Geräusche. Auf Tennisplätzen wirken sich die gleichmäßigen, extrem monotonen Geräusche der aufschlagenden Bälle als sehr störend aus. Nicht zu vergessen ist auch das Stöhnen mancher Spieler.

Außerdem sind durch die Benutzer, die Zahl der Zuschauer, den Beifall, die Torschreie, Anfeuerungsrufe und den Lautsprecherbetrieb bei Sport- und Freizeitanlagen konstante auffällige Pegeländerungen (Impulsgeräusche) der Fall. Festgelegte Richtwerte können nicht eingehalten werden, da der Lärmpegel ständig variiert. Eine gesundheitliche Gefährdung des Gehörs wird dabei nicht entstehen, aber doch des seelischen Gemüts der Nachbarschaft.

Da die Hauptzeiten sportlicher Aktivitäten außerhalb der Arbeitszeiten liegen und die Ruhezeiten nicht eingehalten werden, auch Sonn- und Feiertagen nicht, wäre es doch sinnvoll, die Nachbarschaft von Anfang an, vor unerwünschten, unerträgliche, sogar unzumutbare Geräuschentwicklungen zu schützen. Es wäre für einige unseren Nachbarn, von denen mehrere im Ruhestand sind, nicht mehr möglich, ein sommerliches Mittagsschläfchen im eigenen Garten zu halten! Das wünschen wir Keinem.

Wir denken, ein ausreichender Schallschutz wäre angemessen.

Wir wünschen bei diesem Thema der Stadt Oelde, dem Sportverein und den Anwohnern eine gut und zufriedene Entwicklung.

Beschluss

Durch das Bauleitplanverfahren wird die Erweiterung der Sportanlagen planungsrechtlich gesichert. Dafür müssen auf der ersten Stufe die abwägungsrelevanten Belange zutreffend ermittelt werden, wozu auch die gebotene Rücksichtnahme gegenüber dem Umfeld des Vorhabens gehört. Das Rücksichtnahmegebot beinhaltet u.a. den Schutz vor unzumutbaren Lärmbelastungen. Da alle Menschen in einem sozialen Umfeld leben, müssen sie in gewissem Maße die sozial üblichen Immissionen durch Anlagen und Lebensäußerungen anderer Menschen hinnehmen. Die Grenze des Hinzunehmenden wird durch die Zumutbarkeit bestimmt. Was anderen Menschen an Lärm zumutbar ist, regeln die Gesetze, die aufgrund der Gesetze erlassenen Verordnungen und – im Detail – vor allem die technischen Regelwerke für die Ermittlung und Bewertung von Immissionen.

Bei dem Planvorhaben geht es um die Zumutbarkeit von Sportlärm. Rechtlicher Anhaltspunkt ist der § 23 Abs. 1 des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) sowie die 18. BImSchV.

Zur Sportanlage und damit zum Sportlärm zählen auch Einrichtungen, die mit der Sportanlage in einem engen räumlichen und betrieblichen Zusammenhang stehen. Zur Nutzungsdauer der Sportanlage gehören auch die Zeiten des An- und Abfahrverkehrs sowie des Zu- und Abgangs. Diese Lärmsituation ist als Gesamtheit betrachtet worden. Zutreffend hat sich das Gutachten nach erneuter Überarbeitung somit auf die Ermittlung des Sportlärms beschränkt. Grundsätzlich werden einzelne Lärmquellen (Gewerbelärm, Verkehrslärm usw.) isoliert ermittelt und bewertet, zumal es auch jeweils spezifische technische Regelwerke gibt, die untereinander nicht kompatibel sind.

Die in der Schallimmissionsprognose verwendeten Emissionsansätze stammen aus der VDI 3770 „Emissionskennwerte von Schallquellen – Sport- und Freizeitanlagen“ (September 2012), welche die Emissionskennwerte von Schallquellen von Sport- und Freizeitanlagen aufführt. Abgeleitet sind diese Kennwerte von vorherigen Messungen von Sportanlagen. Der „schwellende und wechselnde“ Charakter der Sportlärmemissionen sind im Sinne von Impulzusschlägen bereits in den einzelnen Emissionsansätzen enthalten.

Details müssen und können aufgrund fehlender Festsetzungsmöglichkeiten auf der Ebene nicht gelöst werden und müssen dem Genehmigungsverfahren vorbehalten bleiben. Das gilt etwa für Nutzungszeiten eines Sportplatzes, die in der Baugenehmigung festgelegt werden können, nicht dagegen im Bebauungsplan. Vor diesem Hintergrund wurde die schalltechnische Untersuchung des Büros Uppenkamp + Partner (August 2021) eingeholt, das auf der Basis der 18. BImSchV erstellt worden ist. Klärende Gespräche bezüglich der Trainings- und Spielzeiten haben zwischen der Stadt Oelde und den Vereinen bereits stattgefunden. Diese wurden bereits durch den Fußball- und Leichtathletikverband Westfalen e.V. abgesegnet und werden Teil der Baugenehmigung sein, um die in dem Schallgutachten festgelegten Zeiten sicher einhalten zu können.

Sonderveranstaltungen, die nicht der üblichen Benutzung der Sportanlagen zuzurechnen sind, sind auf der Ebene des Bebauungsplans nicht zu betrachten. Dabei handelt es sich nicht um Sportlärm, sondern regelmäßig um Freizeitlärm, der nicht der 18. BImSchV unterliegt. Ob und in welchem Umfang Freizeitveranstaltungen neben dem Sportbetrieb zulässig sind, ist auf der Ebene der Baugenehmigung oder gar in eigenständigen Genehmigungsverfahren zu prüfen und zu entscheiden.

A2) Entscheidungen über Anregungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbarkommunen gemäß § 4 Abs. 1 BauGB erfolgte in der Zeit vom 29.01.2021 bis 28.02.2021. Nachstehend aufgeführte Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie Nachbarkommunen haben im Verfahren gemäß § 4 Abs. 1 BauGB keine Bedenken, Anregungen oder Hinweise vorgebracht:

Institution:	Stellungnahme von:
LWL Archäologie für Westfalen – Außenstelle Münster	29.01.2021
Bezirksregierung Münster: Dezernat 26 – Luftverkehr	29.01.2021
PLEdoc GmbH	29.01.2021
Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz	01.02.2021

und Dienstleistungen der Bundeswehr	
Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, Kreisstellen Gütersloh / Münster / Warendorf	01.02.2021
Bezirksregierung Münster: Dezernat 33 – Ländliche Entwicklung, Bodenordnung	02.02.2021
Bezirksregierung Münster: Straßen- und Wegerecht	02.02.2021
Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen	04.02.2021
Ericsson Services GmbH	04.02.2021
Gemeinde Beelen: Fachbereich Bauen und Wohnen	05.02.2021
Westnetz GmbH – Münster	05.02.2021
Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW – Münster	08.02.2021
Ev. Kreiskirchenamt Gütersloh – Halle – Paderborn	19.02.2021
Bezirksregierung Detmold: Dezernat 33 – Ländliche Entwicklung, Bodenordnung	22.02.2021
Handwerkskammer Münster	25.02.2021
Landesbetrieb Straßenbau NRW, HS Coesfeld	26.02.2021
Vodafone NRW GmbH	26.02.2021
Gemeinde Langenberg	26.02.2021

Nachstehend aufgeführte Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Nachbarkommunen haben im Verfahren gemäß § 4 Abs. 1 BauGB eine Stellungnahme mit Anregungen oder Hinweisen abgegeben:

1.) Stellungnahme der Stadtwerke Ostmünsterland GmbH & Co. KG

Gegen die Aufstellung des o.a. Bebauungsplans und gegen die Änderung des o.a. Flächennutzungsplanes bestehen aus unserer Sicht keine Bedenken.

Die Versorgung des Baugebietes mit Strom, Erdgas erfolgt aus den vorhandenen Netzen der anschließenden Baugebiete.

Wir bitten um Berücksichtigung von ausreichendem Trassenraum und verweisen auf das Arbeitsblatt GW 125 „Baumpflanzungen“ im Bereich unterirdischer Versorgungsanlagen!

Erforderliche Baumaßnahmen in den Verkehrswegen, sind möglichst frühzeitig im Vorfeld abzustimmen.

Beschluss

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Ein ausreichender Trassenraum wird im Rahmen der Straßenendausbauplanung berücksichtigt. Erforderliche Baumaßnahmen werden ebenfalls entsprechend frühzeitig abgestimmt. Beide Hinweise betreffen nicht die Bebauungsplanebene, sondern werden nachgelagert berücksichtigt.

Der Stellungnahme wird wie dargelegt gefolgt.

2.) Stellungnahme der Bezirksregierung Münster: Dezernat 54 – Wasserwirtschaft vom 04.02.2021

Das Dezernat 54 – Wasserwirtschaft – der Bezirksregierung Münster hat das o. g. Vorhaben auf die zu vertretenden Belange geprüft.

Eine abschließende Stellungnahme ist derzeit nicht möglich, da die Thematik Schmutzwasser nicht dargestellt wird.

Beschluss

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Die Thematik des Schmutzwassers ist nun in die Begründung des Bebauungsplans aufgenommen worden. Die Sportanlagen werden beziehungsweise sind an die zentralen Ver- und Entsorgungseinrichtungen, wie Strom, Gas, Wasser, Abwasser, Abfallverwertung, Restmüll angeschlossen. Soweit Abfallstoffe nicht durch die entsprechenden Entsorgungsunternehmen der Wiederverwertung zugeführt werden können, werden diese gemäß dem Abfallwirtschaftskonzept behandelt. Die Entwässerung erfolgt im Trennsystem.

Der Stellungnahme wird wie dargelegt gefolgt.

3.) Stellungnahme des Kreises Warendorf vom 26.02.2021

Zu dem o.a. Planungsvorhaben habe ich folgende Anregungen und Bedenken:

Untere Naturschutzbehörde:

Zu dem o. g. Vorhaben nehme ich wie folgt Stellung:

Gegen die geplante Aufstellung des Bebauungsplans bestehen aus naturschutzrechtlicher Sicht keine grundsätzlichen Bedenken, eine abschließende Stellungnahme meinerseits ist zum derzeitigen Planungsstand jedoch noch nicht möglich, da im weiteren Verfahren Aussagen zur Eingriffsregelung und zum Artenschutz sowie der Umweltbericht zu erarbeiten sind.

Immissionsschutz:

Für die Beurteilung der durch das Sportgelände verursachten Lärmimmissionen wurde ein Gutachten vom 11.01.2021 vorgelegt. Ein Großteil der Immissionsschutzmaßnahmen erfolgt durch Betriebszeitbeschränkungen die im Baugenehmigungsverfahren umgesetzt werden sollen.

Der im Gutachten zum Ansatz gebrachte Lärmschutzwall (Höhe 4 m) im Süden der Sportanlage wird in der Plandarstellung nicht aufgenommen. Ich rege an für diesen Lärmschutzwall entsprechende Flächen festzusetzen.

In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass im Gutachten für den Immissionspunkt IP 11 (geplantes Seniorenwohnheim) ein Schutzanspruch vergleichbar WA (Tags 55 dB(A) / nachts 40 dB(A)) zum Ansatz gebracht wurde. Für dieses Gelände befindet sich derzeit der B-Plan Nr. 142 „Lette – Pflege- und Wohnquartier“ in Aufstellung. Nach der Präsentation im Netz handelt es sich bei dieser Planung für einen Teil des Seniorenwohnheimes m.E. um ein sogenanntes Pflegeheim. Für diese Art der Nutzung sieht die TA-Lärm und die 18. BImSchV einen erhöhten Schutzanspruch von Tags 45 dB(A) und nachts 35 dB(A) vor. Zudem ist die Entfernung gem. B-Planes Nr. 142 zwischen der Sportanlage und dem Pflegeheim kürzer als im Gutachten dargestellt (Entfernung IP 11 bis zur Sportanlage). Dieser Sachverhalt sollte im Gutachten näher untersucht werden.

Ich weise darauf hin, dass auch für eine zukünftige Entwicklung der Seniorenwohnanlage in Richtung Norden in Richtung Sportanlage der Lärmschutzwall zweckdienlich ist.

Beschluss

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Untere Naturschutzbehörde

Die artenschutzrechtliche Prüfung sowie der zur Begründung des Bebauungsplans zugehörige Umweltbericht sind nun angefertigt und den Planunterlagen zugefügt worden. Das geplante Vorhaben ist aus artenschutzrechtlicher Sicht zulässig, wenn die Baufeldräumung und mindestens der Baubeginn zum Schutz europäischer Vogelarten nicht während der Hauptbrutzeit vom 15. März bis 31. Juli stattfindet und Baumfällungen und Gehölschnitt nur in Ausnahmefällen zwischen dem 1. März und dem 30. September und unter Einbeziehung eines Experten durchgeführt werden. Werden diese Maßnahmen eingehalten, bestehen keine artenschutzrechtlichen Bedenken, da Verbotstatbestände nicht erfüllt werden und erhebliche Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden können.

Immissionsschutz

Der Lärmschutzwall ist nun in Abstimmung sowohl mit dem Gutachter als auch mit der Unteren Immissionsschutzbehörde mit einer Höhe von 2,50 m im Bebauungsplan festgesetzt werden. Zusätzlich soll dieser bepflanzt werden.

Ebenfalls sind der Schutzanspruch sowie die Verortung des geplanten Seniorenheims (IP 11) entsprechend der aktuellsten Planungen angepasst worden.

Das Schallimmissionsgutachten ist entsprechend dieser Aspekte aktualisiert und neu berechnet worden, sodass alle Angaben konsistent übereinstimmen. Mit diesem Gutachten wurde der Nachweis für die Einhaltung der Immissionsrichtwerte der geplanten Sportanlagen

erbracht. Zur Einhaltung der Grenzwerte sind die dort genannten Betriebs- und Nutzungszeiten einzuhalten. Die Einhaltung der schalltechnischen Auflagen (bautechnische Maßnahmen am Gebäude, verfahrenstechnische Maßnahmen) sind im Rahmen der Baugenehmigung sicherzustellen. Ein weitergehender Handlungsbedarf wird auf Ebene der Bauleitplanung nicht gesehen.

Der Stellungnahme wird wie dargelegt gefolgt.

4.) Stellungnahme des Handelsverbandes NRW – Westfalen-Münsterland e. V.

Ich bedanke mich für die Möglichkeit, zu dem Planverfahren Stellungnahmen zu nehmen. Interessen des Handelsverbandes sind durch das Vorhaben nicht beeinträchtigt. Bedenken gegen die beabsichtigte Änderung des Bebauungsplans Nr. 147 „Sportanlagen Lette“ bestehen nicht.

Ich gehe davon aus, dass eine Abwägung dergestalt auch stattgefunden hat, inwieweit Personen, insbesondere auch Kinder, ohne Vereinszugehörigkeit bisher den Bolzplatz als freie Sportfläche genutzt haben, die zukünftig dann nicht mehr zur Verfügung stehen würde. Außerdem verwundert es, dass überhaupt keine Parkplätze für den Bereich der Sportanlage vorgesehen sind. Auch insoweit unterstelle ich, dass ein entsprechender Bedarf im Vorfeld geprüft wurde.

Beschluss

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Die bestehende Sportfläche, welche durch das Vorhaben überplant werden soll, wurde auch in der Vergangenheit lediglich vom ortsansässigen Sportverein und nicht öffentlich genutzt.

Der Bedarf an Stellplätzen ist geprüft worden. Es ist von keiner erheblichen Zunahme des PKW-Verkehrs auszugehen, sodass die bestehenden Parkplätze ausreichen werden.

Der Stellungnahme wird wie dargelegt gefolgt.

B) Entscheidungen über Anregungen aus der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB

B1) Entscheidungen zu den Anregungen der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB

In seiner Sitzung vom 06.09.2021 hat der Rat der Stadt Oelde beschlossen, den Bebauungsplan Nr. 147 „Sportanlagen Lette“ der Stadt Oelde – einschließlich Begründung – gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen. Der Bebauungsplan Nr. 147 – einschließlich Begründung – hat gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 16.09.2021 bis 17.10.2021 während der Öffnungszeiten bei der Stadt Oelde – Bürgerbüro – öffentlich ausgelegt. Im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Vorbeugung gegen die weitere Ausbreitung des Corona-Virus wurde darauf hingewiesen, dass die Einsichtnahme nur nach vorheriger telefonsicher Absprache zu den genannten Zeiten möglich war. Ergänzend könnte der Entwurf im Internet eingesehen werden. Dort bestand ebenfalls die Möglichkeit, sich bis zum 17.10.2021 zu der vorgesehenen Planung zu

äußern. Die Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB erfolgte im selben Zeitraum.

In diesem Rahmen sind folgende Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit eingegangen:

1.) Stellungnahme eines Bürgers vom 11.10.2021

In diesem Brief möchten wir nochmals zur geplanten Erweiterung des Sportplatzes in Lette unsere Vorstellungen und Bedenken, die Sie vehement nicht wahr haben wollen und durch neue Gutachterpositionen und –sichtweisen und rechtlichen Beistand eines Fachanwalts versuchen abzuwehren bzw. zu unterdrücken, im Rahmen der vorzeitigen Bürgerbeteiligung Ihnen im zweiten Anlauf nahe bringen.

Wir, sie Unterzeichner dieses Briefes, sind generell nicht gegen eine Sportplatzenerweiterung mit der damit verbundenen Errichtung eines Tennisplatzes und eines weiteren Vereinsheimes, was einer zukunftsorientierten Sportanlage in Lette nahekommt, sondern wollen auf eine der Sportplatznutzung entsprechende konforme Realisierung von Lärmschutzeinrichtungen auf dem gesamten Sportplatz (alt und neu) hinweisen. Ihre Übertreibung einer gänzlichen Lärmreduzierung durch die Stadt Oelde für die Anwohnergrundstücke ist hier fehl am Platz. Mit Ihrem bisher angegebenen Schallschutzmaßnahmen katapultieren Sie sich ins „lärmetechnische Mittelalter“! Sie „biegen“, nachdem die Anwohner ihre durchaus logischen Einwände zu Gutachten und Planungsausführung vorgebracht haben, diese so lange zurecht, bis es für Ihre „neutrale Abwägung“ passt! Ist das denn im Sinne einer Bürgerbeteiligung? So weit ist man doch gar nicht im den Positionen von einander entfernt. Gehören nicht auch Kompromisse zu einer neutralen „Abwägung“? So hätten beide Seiten was davon!

*Sie nehmen in Ihrem Schreiben unseren Hinweis auf nachbarschaftliche Rücksichtnahme auf und belehren uns, dass wir die Lebensäußerungen von Germania und Tennis-Lette hinnehmen müssen! Wir hatten Ihnen bereits die Umstände erklärt, weshalb das im Moment nicht möglich ist! Wir nehmen Ihren Hinweis jedoch an, was bedeutet, auch der „nachbarschaftliche“ Sportverein „Germania“ muss **unsere** Lebensumstände und –gebräuche akzeptieren. So pflegen wir die allgemein angewandte Mittagsruhe. In der 18. Lärmschutzverordnung ist diese an Sonn- und Feiertagen bei einer Sportstättenbetriebszeit von mehr als vier Stunden anzuwenden! Wir fordern Sie hiermit auf, der sonntäglichen Mittagsruhe von 13h bis 15h mit sofortiger Wirkung auf dem Sportgelände in Lette nachzukommen! Wir denken, eine Karenzzeit bis Jahresende dürfte für eine organisatorische Durchführungsvorbereitung angemessen sein.*

*In Ihrem Schreiben, in dem Sie vermutlich Passagen einer Stellungnahme Ihres Fachanwaltes Hoppenstedt zitieren, langweilen Sie uns mit rechtlichen Vorschriften der 18. BImSchG. Wir kennen diese bald auswendig, da wir und intensiv mit ihr und dem Gutachten beschäftigt haben. Sie merken an, alle im Gutachten herangezogenen Messverfahren und Auswertungen wären mit der 18. BImSchG konform. Das ist jedoch falsch, da sie bei vielen Punkten nur besagt, das bestimmte Auswertungen, Berechnungen und Auswertungsmethoden angewendet werden **können**, jedoch andere Verfahren und Methoden nicht zwingend ausgeschlossen sind! D.h. auch andere Schallwertermittlungen und Auswertungen sind möglich!!! In diesem Zusammenhang fragen wir uns, was passiert, wenn sich nach Erteilung einer Betriebsgenehmigung herausstellt, dass diese Lärmwerte doch deutlich höher als in der Prognose sind!*

Sie argumentieren, die Zuschauerzahlermittlung sei korrekt! Aber warum schauen Sie nicht

erst mal, ab welcher Zuschauerzahl die „kritische Wert“ bei gegebenen Bedingungen erreicht wird und ermitteln den Abstand zu Ihren Prognosewerten und entscheiden dann, ob man schon zu nah am Grenzwert ist! Zuschauerzahlschwankungen könnten besser eingebracht werden! Die 18. BImSchG schließt diesen Vergleich ja nicht aus!

Nach der 18. BImSchG muss der Lärm bei bestehenden Sportanlagen, die im Gutachten eingebracht sind, gemessen werden! Sie wenden einer Prognose an, was demnach falsch ist! Corona-Beschränkungen im Freien sind vorbei, also erwarten wir mehrfache gesetzskonforme Messungen!

Am Jahn-Stadion in Oelde sind zu den Anwohnern hin Lärmschutzwände eingerichtet worden, obwohl die Häuser weiter von der Grenzlinie des Sportplatzes liegen als hier in Lette! Warum nicht gleiches Recht in Lette?

Unklar sind uns noch einige Gebäudedarstellungen und Gebäudeauslassungen auf dem derzeitigen gültigen Bebauungsplanentwurf, der uns auch auf Ihrer Infoveranstaltung gezeigt wurde!

- 1. Was für einen Gebäudestatus hat die ehemalige „Pommesbude“, die ja noch gar nicht genehmigt sein kann, da ein gültiger Bebauungsplan noch nicht besteht? Gab es einen Bauantrag vorab? Mir wurde zu dem Gebäude jede Unterlageneinsicht als Nachbar verwehrt! Belästigungen sollen wir durch Imbisswagenaktionen hier aber hinnehmen.*
- 2. Die Tribüne steht mit der Südseite auf dem zu genehmigenden Grundstück und wird im „vorherigen“ Gutachten mit einbezogen! Sie steht zum Teil auf einem Grundstück, was noch gar nicht Sportplatz ist!? Nun ist sie nicht mehr vorhanden! Gehört sie nun zum Schallschutzkonzept? Außerdem stellt sie somit für das zu genehmigende Grundstück eine weitere Schallquelle dar.*
- 3. Baugrenzen sind für beide Einrichtungen nicht zu erkennen bzw. nicht vorhanden!*
- 4. Die Gebäudegrößen wurden u.a. im First erhöht! Warum, wenn doch kein Lärmschutz nach Ihrer Aussage nötig ist! Oder versucht man durch die Hintertür im Dachgeschoss eine Wohnbebauung später zu genehmigen. Hier sollte ein unwiderruflicher Verzicht auf die Wohnbebauung ausgesprochen werden!*
- 5. Zur nördlichen Seite besteht kein Wall! Auch hier fordern wir einen wirksamen Schallschutz! Die Tribüne ist hier im Konzept nicht mehr vorhanden, bietet aber auch keinen wirklichen Schallschutz!*

Für den Vereinsheimneubau und die Tennisspielfelderrichtung werden öffentliche Gelder eingebracht! Dann können die Anwohner erwarten, dass hiervon auch Lärmschutzmaßnahmen in verschiedenen Formen, entstehen. Bisher sind es nur „Wälle aus Aushub“, der entsorgt werden müsste.

Wie im ersten Schreiben bereits angedeutet, fordern wir und die Familie ___ eine zu unseren Grundstücken ausgerichtete kombinierte Schallschutz- und Ballschutzwand mit einer Höhe von vier Metern. Die gleichzeitig einen Schutz von in unsere Gärten fliegende Fußbälle bildet! Wir haben diese nicht hinnehmbare gefährliche Situation bereits Herrn Jürgenschellert geschildert! Warum nicht „zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen“? Oder muss erst gewartet werden, dass unsere Enkelkinder die Bälle beim Spielen an den Kopf bekommen! Vielleicht sollte man nicht lange „abwägen“, sondern handeln! Sie sind hier verantwortlich, dass vom Sportplatzbetrieb keine Gefahr ausgeht! Ggf. müssen Sie den Spiel- und Trainingsbetrieb

einstellen oder reduzieren! Eine bauliche Maßnahme wäre hier somit ja vertretbar! Irgendwelche Fangnetze hinter dem Torraum bieten keinen Schutz, da der Bereich „Vereinsheim bis zur Ex-Pommesbude“ keinen „Fangschutz“ besitzt!

Wenn wir den Verlauf dieses bürgerlichen Beteiligungsverfahrens seit Januar dieses Jahres betrachten, fragen wir uns, ob dieses Verfahren noch als „frühzeitiges Beteiligungsverfahren“ haltbar ist? Vor Beginn versuchten die Vorstände der beiden beteiligten Vereine, sich durch Bekanntgabe angeblicher Beschlüsse der Stadt Oelde keinen Lärmschutz zu verwirklichen, sich Vorteile zu verschaffen. Da auch wir, da einer dieser Vorstandsmitglieder auch Mitglied von Ratsausschüssen ist, den Infos zunächst glaubten, begann das Verfahren mir großer Irritation bei allen Beteiligten! Es ist nun sehr sonderbar, dass die angeblichen städtischen Beschlüsse heute als Ergebnisse des Nachbarn vorgestellt werden. Standen die Ergebnisse des Verfahrens schon vorher fest? Wurden die Nachbarn nur vorgeführt?

Unserer Meinung nach sind Verfahrensverlauf, die Störungen durch die Vereinsvorstände, Abwägungseigenarten und Gutachtenanpassungen nicht gesetzeskonform! Wir fordern Sie hiermit auf, dieses Beteiligungsverfahren, welches einen erheblichen Schaden genommen hat, abzubrechen und mit entsprechender Neutralität zu wiederholen!

Nach Ablauf der Verfahrensfristen werden wir bezüglich der genannten Vorfälle, den Verfahrensmethoden und dem Umgang mit einem basisdemokratischen Verfahren auf lokaler Ebene bei der Bezirksregierung Münster eine Beschwerde einreichen! Wie hier mit den Bürgern, die mit viel Arrangement ihre Ideen und Bedenken vorbringen wollten, „verfahren“ wird, ist so nicht richtig und auch nicht mehr hinnehmbar!

Es ist schon verwunderlich, keinen Bericht über dieses Beteiligungsverfahren in den Medien zu finden!

In der Hoffnung eines dennoch weiteren zufriedenstellenden Verlaufs für Anwohner, Vereine und der Stadt Oelde im Bürgerbeteiligungsverfahren, verbleiben wir als Anwohner des Sportplatzes in Lette.

Ergänzung vom 16.10.2021:

Zu unserem Schreiben vom Wochenanfang möchten wir nachfolgende Zeilen ergänzen. Basierend auf unsere bisherigen ausgiebig begründeten einzelnen Stellungnahmen widersprechen wir, die Unterzeichner dieses Briefes, dem im Beteiligungsverfahren verwendeten Lärmgutachten und den sich daraus ergebenden Entscheidungen und Beschlüsse der Stadt Oelde.

Wir behalten uns die Einschaltung der zuständigen Aufsichtsbehörden und eine Beschwerde bei der Bezirksregierung Münster vor!

Beschluss:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Auf die entsprechende diesbezügliche Abwägung zu der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit eingegangenen Stellungnahme wird verwiesen:

Für die Durchführung eines Planverfahrens ist eine Behörde auf objektive Bewertungskriterien angewiesen, damit alle Belange, die durch das Vorhaben berührt werden, zunächst wertfrei bei uns eingehen. Daher werden sämtliche Gutachten stets objektiv angefertigt. Anschließend werden sämtliche Gutachten, Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit sowie Stellungnahmen von Behörden, Nachbarkommunen und sonstigen Trägern öffentlicher

Belange einzeln bewertet und untereinander abgewogen. Eine subjektive Lärmbewertung findet hier rechtlich korrekterweise keine Anwendung. Um das Vorhaben zu realisieren, setzt der Bebauungsplan einen Lärmschutzwall südlich und östlich der Tennisplätze, welcher laut dem ursprünglichen Schallimmissionsgutachten grundsätzlich nicht notwendig wäre, nach eingehender Abwägung fest. Weitere Lärmschutz- und Ballschutzmaßnahmen sind aufgrund der fehlenden Erfordernis aus dem Schallimmissionsschutz-Gutachten nicht erforderlich und somit nicht Bestandteil des Bauleitplanverfahrens. Der bestehende Kunstrasenplatz ist nicht Bestandteil des Plangebietes, aus Vollständigkeitsgründen wurde dieser aber schalltechnisch mitbetrachtet. Ein Anspruch auf weitere Maßnahmen, auch für den bestehenden Kunstrasenplatz, lässt sich nicht aus dem Gutachten ableiten. Die Notwendigkeit, nach Kompromissen auf Bauleitplanebene wird aufgrund der Rechtsgrundlage nicht gesehen.

Auf die entsprechende diesbezügliche Abwägung zu der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit eingegangenen Stellungnahme wird verwiesen:

Für das Planverfahren sind demnach die abwägungsrelevanten Belange ermittelt worden – hierzu gehört auch die gebotene Rücksichtnahme gegenüber dem Umfeld des Vorhabens. Das Rücksichtnahmegebot beinhaltet u.a. den Schutz vor unzumutbaren Lärmbelastungen. Da alle Menschen in einem sozialen Umfeld leben, müssen sie in gewissem Maße die sozial üblichen Immissionen durch Anlagen und Lebensäußerungen anderer Menschen hinnehmen. Die Grenze des Hinzunehmenden wird durch die Zumutbarkeit bestimmt. Was anderen Menschen an Lärm zumutbar ist, regeln die Gesetze, die aufgrund der Gesetze erlassenen Verordnungen und – im Detail – vor allem die technischen Regelwerke für die Ermittlung und Bewertung von Immissionen. Vor diesem Hintergrund wurde die schalltechnische Untersuchung des Büros Uppenkamp + Partner (August 2021) eingeholt, das auf der Basis der 18. BImSchV erstellt worden ist. Die Nutzungszeiten der Sportanlagen werden im Rahmen der Baugenehmigung vorgeschrieben. Die gesetzlichen Vorgaben werden hier nachweislich eingehalten.

Auf die entsprechende diesbezügliche Abwägung zu der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit eingegangenen Stellungnahme wird verwiesen:

Die Kritik, der Lärmgutachter sei methodisch falsch vorgegangen, er hätte Messungen vornehmen müssen und seine Vorgehensweise habe zu unrealistisch niedrigen Belastungswerten geführt, kann nach rechtlicher Prüfung seitens Wolter Hoppenberg – Rechtsanwälte Partnerschaft mdB aus verschiedenen Gründen zurückgewiesen werden.

Im Laufe des Verfahrens wurde der Kreis Warendorf als Träger öffentlicher Belange beteiligt, welcher das Bauleitplanverfahren samt Planentwurf und der zugehörigen Dokumente, wie auch den Gutachten, beurteilt und dazu Stellung genommen hat. Ein weitergehender Handlungsbedarf bezüglich des Immissionsschutzes auf Ebene der Bauleitplanung wird seitens der Fachbehörden nicht gesehen.

Auch das Jahn-Stadion in Oelde hat die genannten schalltechnischen Grenzwerte einzuhalten. Die dortige lärmtechnische Situation ist nur bedingt mit jener in Lette zu vergleichen und finden ihre Begründung in der dortigen Eigenart.

Die erwähnten Abstellräume mit Überdachung sind planungsrechtlich nach §35 BauGB als sonstiges Vorhaben im Außenbereich genehmigt worden. Der Betrieb darf nur im Rahmen der Genehmigung erfolgen, um unrechtmäßige Belastungen für die Nachbarschaft zu verhindern. Auch der nun vorliegende Planentwurf wird die Errichtung an dem jetzigen Standort als Nebenanlage zulassen. Eine Festsetzung von Baugrenzen in dem Bebauungsplan ist daher nicht erforderlich.

Für die Tribüne besteht ebenfalls eine Baugenehmigung, welche weiterhin Bestand hat.

Diese ist außerdem als Emissionsquelle in Form der Zuschauerzahlen in dem Schallimmissionsschutz-Gutachten des Büros Uppenkamp + Partner inbegriffen. Eine Festsetzung von Baugrenzen in dem Bebauungsplan ist nicht erforderlich.

Eine Wohnnutzung über dem Vereinsheim ist nicht vorgesehen oder beantragt. Da Wohnen in dem Bebauungsplan nicht ausgeschlossen ist, wäre an dieser Stelle gegebenenfalls Betriebsleiterwohnen vergleichbar wie in einem Gewerbegebiet möglich, dies wäre aber im Rahmen eines Baugenehmigungsverfahrens gesondert zu prüfen. Ein Anspruch auf freies Wohnen besteht im Geltungsbereich des Bebauungsplanes nicht.

Der im Bebauungsplan dargestellte Lärmschutzwall südlich und östlich der Tennisplätze, welcher laut dem ursprünglichen Schallimmissionsschutzgutachten grundsätzlich nicht notwendig wäre, wird nach eingehender Abwägung der Vor- und Nachteile sowie der verschiedenen Interessenlager mit einer Höhe von 2,50 m festgesetzt. Weitere Lärmschutzmaßnahmen sind aufgrund der fehlenden Erfordernis aus dem Schallimmissionsschutz-Gutachten nicht Bestandteil des Bauleitplanverfahrens.

Die Notwendigkeit der Errichtung eines Schutzes vor Ballflug ist außerhalb des Bauleitplanverfahrens zu prüfen.

Auf die entsprechende diesbezügliche Abwägung zu der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit eingegangenen Stellungnahme wird verwiesen:

Die Durchführung des Planverfahrens erfolgte gem. den Vorgaben des Baugesetzbuches (BauGB) und auf Grundlage objektiver Bewertungskriterien. Eine subjektive Lärmbewertung findet hier rechtlich korrekterweise keine Anwendung.

Die Stellungnahme wird wie dargelegt berücksichtigt.

B2) Entscheidungen über Anregungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Nachstehend aufgeführte Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Nachbarkommunen haben im Verfahren gem. § 4 Abs. 1 und § 2 Abs. 2 BauGB keine Bedenken, Anregungen oder Hinweise vorgebracht:

Institution:	Stellungnahme vom:
Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW, NL Münster	16.09.2021
Gemeinde Herzebrock-Clarholz: Fachbereich Planen Bauen Umwelt	16.09.2021
PLEdoc GmbH	16.09.2021
Stadt Rheda-Wiedenbrück: GB III.2-61 – Stadtplanung	16.09.2021
Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	17.09.2021
Landwirtschaftskammer NRW: Kreisstellen Gütersloh, Münster, Warendorf	17.09.2021
Wasserversorgung Beckum GmbH	20.09.2021
Bezirksregierung Münster: Dezernat 54, Wasserwirtschaft	20.09.2021
Bezirksregierung Münster: Dezernat 26,	21.09.2021

Luftverkehr	
Ericsson Services GmbH	21.09.2021
Industrie- und Handelskammer Nord Westfalen	21.09.2021
Regionalforstamt Münsterland	22.09.2021
Bezirksregierung Münster: Dezernat 33, Ländliche Entwicklung, Bodenordnung	22.09.2021
Bezirksregierung Münster: Dezernat 26, Straßen- und Wegerecht	29.09.2021
Ev. Kreiskirchenamt Gütersloh-Halle-Paderborn	30.09.2021
Bezirksregierung Münster: Dezernat 52	06.10.2021
Bischöfliches Generalvikariat Münster, Abteilung 630	13.10.2021
Stadtwerke Ostmünsterland GmbH & Co. KG	13.10.2021
Vodafone NRW GmbH	13.10.2021
Gemeinde Langenberg: Abt. Finanzen und Bauen	14.10.2021
Handelsverband NRW – Westfalen-Münsterland e.V.	14.10.2021
Landesbetrieb Straßenbau NRW: Regionalniederlassung Münsterland Hauptstelle Coesfeld	14.10.2021
Handwerkskammer Münster, Wirtschaftsförderung	15.10.2021
Wasser- und Bodenverband Oelde	21.10.2021

Nachstehend aufgeführte Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Nachbarkommunen haben im Verfahren gemäß § 4 Abs. 1 und § 2 Abs. 2 BauGB eine Stellungnahme mit Anregungen oder Hinweisen abgegeben:

1.) Stellungnahme des Kreises Warendorf – Der Landrat vom 11.10.2021

Zu dem o. a. Planungsvorhaben habe ich folgende Anregungen und Bedenken:

Untere Naturschutzbehörde:

Gegen die geplante Aufstellung des Bebauungsplans bestehen aus naturschutzrechtlicher Sicht keine Bedenken unter Beachtung der folgenden Anregungen und Hinweise:

Anregungen

1. Zur Dokumentation der Artenschutzprüfung sind gemäß Handlungsempfehlung des MKULNV vom 22.12.2010 zum Artenschutz in der Bauleitplanung die Muster-Protokolle des Landesamts für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NW zu ergänzen, abrufbar unter www.kreiswarendorf.de/fileadmin/publikationen/serviceportal/63/baugenehmigungsverfahren/Formular_A_Antragsteller_Angaben_zum_Plan__1_.pdf bzw. www.kreiswarendorf.de/fileadmin/publikationen/serviceportal/63/baugenehmigungsverfahren/Formular_B_Antragsteller_Art_fuer_Art__1_.pdf.

Hinweise

1. Die Hinweise zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände (bzgl. Baufeldräumung, Störungen während der Bauphase und Baumfällungen und Gehölzschnitt) sind in Kurzform in die textlichen Festsetzungen des Bebauungsplans aufzunehmen.

Beschluss

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Untere Naturschutzbehörde:

Das entsprechende Formular zur Dokumentation der Artenschutzprüfung wurde ergänzt, die Hinweise zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände wurden in die textlichen Festsetzungen des Bebauungsplans aufgenommen.

Die Stellungnahme wird wie dargelegt berücksichtigt.

C) Satzungsbeschluss

Nachdem über die Ergebnisse der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden gemäß der §§ 3 und 4 BauGB beraten und beschlossen wurde und die Begründung samt Umweltbericht zum Bebauungsplan Nr. 147 „Sportanlagen Lette“ der Stadt Oelde zur Kenntnis genommen wurde, empfiehlt der Ausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

Beschluss

Der Rat der Stadt Oelde beschließt gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) i. d. F. der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634) und gemäß der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NW. S. 666 / SGV.NRW 2023) den Bebauungsplan Nr. 147 „Sportanlagen Lette“ der Stadt Oelde als Satzung. Der Geltungsbereich ist dem als Anlage beigefügten Übersichtsplan (Anlage 1) zu entnehmen. Die Begründung mit Umweltbericht (Anlage 3 und 4) ist Teil dieses Beschlusses.

Die Beschlüsse A) - C) sind ortsüblich bekannt zu machen.

Anlagen

- Anlage 1 - Geltungsbereich
- Anlage 2 - Planzeichnung
- Anlage 3 - Begründung
- Anlage 4 - Umweltbericht als Bestandteil der Begründung
- Anlage 5 - Artenschutzrechtliche Prüfung
- Anlage 6 - Immissionsschutzgutachten